



**WAHL
PROGRAMM**

75

**SPD
BERLIN**

C 99 - 04376

Inhaltsübersicht

Seite	Bereich	Seite	Bereich
3	Für Sie und für unser Berlin		d) Bessere Eingliederung der Behinderten
4-5	Klare Führung: Klaus Schütz und die SPD	10	V. Zukunftssicherung
6	I. Sicherheit der Stadt — Konsequente Berlin-Politik		a) Erziehung und Bildung unserer Kinder in Schule und Freizeit
6	II. Schutz des Bürgers und der freiheitlichen Grundordnung		b) Berufliche Bildung verbessern — Hochschulen integrieren
	a) Innere Sicherheit ausbauen	11	VI. Lebensqualität
	b) Rechtspflege und Strafvollzug modernisieren		a) Wertgleiche Lebensverhältnisse in allen Teilen der Stadt schaffen
7	III. Wirtschaftliche Sicherheit		b) ausländische Mitbürger integrieren
	a) Arbeitsplätze sichern		c) Den Freizeitwert Berlins erhöhen — Kultur, Sport und Spiel fördern
	b) Die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft stärken		d) Umwelt schützen und gesund erhalten
	c) Die Wettbewerbsfähigkeit der Stadt garantieren		e) Stadtentwicklung und Verwaltung mit und für den Bürger
	d) Ausbau der Verbraucherpolitik	14	VII. Finanzielle Absicherung
8	IV. Soziale Sicherheit	14	VIII. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ausbauen
	a) Unser Gesundheitswesen verstärkt ausbauen — die ärztliche Versorgung verbessern		
	b) Neue Wohnungen bauen — Altbauten modernisieren		
	c) Hilfen für unsere älteren Mitbürger		

Dieses Wahlprogramm hat der Landesparteitag der Berliner SPD am 30. November einstimmig verabschiedet.

Liebe Berliner Mitbürger!

Am 2. März 1975 entscheiden Sie, wer in den nächsten vier Jahren im Abgeordnetenhaus von Berlin und in der Bezirksverordnetenversammlung Ihres Bezirks die Politik bestimmt. Sie entscheiden damit auch, ob Klaus Schütz Regierender Bürgermeister bleiben soll.

Auf den folgenden Seiten finden Sie unser Wahlprogramm. Sie sollen wissen, was wir Sozialdemokraten in den nächsten vier Jahren für Sie und für unser Berlin erreichen wollen.

Uns geht es auch in den kommenden vier Jahren darum, unsere Stadt zu einem vorbildlichen Gemeinwesen auszubauen, in dem man sich zu Hause fühlt, in dem neue Bürger schnell heimisch werden und zu dem zu gehören stolz macht. Berliner sollen stolz sein auf ihre Stadt.

Das sind – wir wissen es – große Ziele. Und weil wir auch wissen, wie schwierig das ist, versprechen wir Ihnen nichts, was von heute aus gesehen nicht auch finanziell ausreichend gesichert ist. Weil wir Sozialdemokraten, wie bisher, Wort halten wollen, überlassen wir anderen die schönen Worte und Versprechungen.

Unser Wahlprogramm ist anspruchsvoll **und** solide. Unsere Absichten für die Zukunft sind so meßbar wie unsere Leistungen in der Vergangenheit.

Regierende Bürgermeister aus den Reihen der Berliner Sozialdemokraten wie Ernst Reuter und Willy Brandt haben die Stadt in Zeiten der Not und der Angst geführt. Das Vertrauen der Berliner zu diesen Persönlichkeiten hat uns alle vorangebracht.

Bitte, lesen Sie unser Programm. Unsere Kandidaten stehen Ihnen Rede und Antwort.

Vom Erreichten darf nichts verloren, von den Möglichkeiten der Zukunft nichts verschenkt werden. Sie selbst haben es in den nächsten Monaten und am 2. März 1975 in der Hand, dafür zu sorgen.

Klaus Schütz

Kurt Neubauer

Dr. Klaus Riebschläger

**Für Sie
und
für
unser
Berlin**

C 99 - 04376



Klare Führung: Klaus Schütz und die SPD

Wir Sozialdemokraten überlassen es anderen, für die Wahl am 2. März 1975 und die vier Jahre danach politische Luftschlösser anzubieten.

Wir haben Berlin in den vergangenen Jahren gegen Neinsager und Besserwisser vorgebracht. **Unsere Leistungen kann jeder nachprüfen. Wir haben Wort gehalten.**

Jetzt, mit dem Blick auf eine neue Wahlperiode, sagen wir: daran wird sich nichts ändern. **Wir Sozialdemokraten bleiben die zuverlässige politische Kraft des freien Berlin.**

Unsere Politik bestimmen **Vernunft, Vertrauen und Verantwortung.**

- Die Berliner können sich darauf verlassen, daß wir Sozialdemokraten auch in den vor uns liegenden Jahren durchsetzen werden, was vernünftig ist. **Un-erfüllbare Versprechungen haben in unserem Wahlprogramm keinen Platz;**
- die Berliner können sich darauf verlassen, daß wir ihr **Vertrauen auch in den kommenden Jahren** als einen Auftrag verstehen, von dem wir uns nichts abhandeln lassen;
- die Berliner müssen aber auch wissen, daß eine Politik der Vernunft und ein Auftrag des Vertrauens nur dann zu verwirklichen sind, wenn Klarheit darüber herrscht, wer die **Verantwortung in und für Berlin** trägt.

Jetzt geht es darum, **das Erreichte zu sichern und weitere notwendige Fortschritte zu verwirklichen.** Wir haben in den vergangenen Jahren die **Perspektiven für die Entwicklung unserer Stadt** vorgezeichnet. Was an Planung und Vorausschau erarbeitet wurde, muß nun praktische Politik werden.

Mit den **Garantien der drei Schutzmächte** und den **Bindungen an den Bund** haben wir ein festes Fundament

für die Lebensfähigkeit des freien Teils unserer Stadt. Darauf muß aufgebaut werden.

Wenn heute die Bürger West-Berlins wieder **in den anderen Teil unserer Stadt und in die DDR** reisen können, wenn der **Zugang von und nach Berlin** alles in allem reibungslos möglich ist und wenn die Bindungen Berlins an den Bund nun auch durch das Viermächte-Abkommen gesichert sind, dann sind dies auch **Erfolge sozialdemokratischer Politik für Berlin.**

Sozialdemokraten im Bund und in Berlin waren es, die entscheidend dazu beitrugen, daß die Stadt nach außen sicherer und das Leben unter den Bedingungen der fortdauernden Teilung Deutschlands und Berlins leichter wurde. Als andere von „Verzicht“ und „Verrat“ sprachen, haben wir eine Politik der Vernunft entwickelt und gegen den Widerstand von CDU und CSU durchgesetzt.

Diese Erfolge gehören inzwischen zum Alltag unserer Stadt. Wir empfinden die Verbesserungen schon als selbstverständlich. Um der Berliner willen – in West und Ost – werden wir die **Einhaltung des Viermächte-Abkommens über Berlin und die deutschen Durchführungsvereinbarungen verteidigen** und alles tun, was notwendig und möglich ist, um zu weiteren Regelungen zu kommen, die das Leben der Berliner erleichtern.

Neben dieser **Außensicherung unserer Stadt**, die eine dauernde Aufgabe bleibt, haben wir in den vor uns liegenden Jahren aber auch weiterzuführen, was wir auf der Grundlage einer stabilen wirtschaftlichen Entwicklung im Bereich der Reformpolitik für unser Gemeinwesen auf den Weg gebracht haben.

Vor allem anderen werden wir in den nächsten Jahren unsere Anstrengungen darauf richten, **mehr Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Teilen Berlins** zu erreichen. Wir werden die Maßnahmen ergreifen, die notwendig sind, um Ungerechtigkeiten abzubauen und neue zu verhindern.



Die Bezirke unserer Stadt unterscheiden sich nach Größe und Lage; für die Bürger unserer Stadt muß jedoch sichergestellt werden, daß es kein Nachteil ist, in diesem oder jenem Bezirk zu leben, zu wohnen und zu arbeiten.

Wir Sozialdemokraten meinen es ernst, wenn wir uns bei den Grundwerten unseres politischen Wollens zu **Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität** bekennen.

Wir wollen die soziale Wirklichkeit Schritt um Schritt so gestalten, daß jeder Bürger unserer Stadt mehr Chancen der Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung bekommt. Wir wollen es jedem Bürger in unserer Stadt ermöglichen, teilzuhaben und teilzunehmen am geistigen und materiellen Fortschritt unserer Zeit.

Wer für Gerechtigkeit und Solidarität eintritt, wie wir Sozialdemokraten, für den versteht es sich von selbst, daß **unsere Sorge in besonderer Weise den älteren, behinderten und benachteiligten Mitbürgern gilt.** Sie gehören zu der lebendigen Gemeinschaft der Menschen unserer Stadt, sie haben Anspruch auf unsere besondere Hilfe und Unterstützung. **Ihr Platz muß in unserer Gemeinschaft sein.**

Ein besonderes Schwergewicht erhält in unserer Politik für die nächsten Jahre das **Gesundheitswesen.** Der Schutz der Menschen vor Krankheiten durch vorsorgende Gesundheitssicherung, durch Diagnose und Heilbehandlung, durch Nachsorge und Rehabilitation muß unabhängig sein von den materiellen Verhältnissen des einzelnen.

Leben und Arbeiten unter den Bedingungen und Anforderungen der Zukunft kann nur der, dem wir die Aus- und Fortbildung anbieten, die seinem Leistungsvermögen entspricht. Dies erfordert neue, größere Anstrengungen im Bereich der beruflichen Bildung. Dabei sehen wir in der Herstellung der **Gleichwertigkeit von**

beruflicher und allgemeiner Bildung eine bildungspolitisch vordringlich zu lösende Aufgabe.

Unabdingbare Voraussetzung für sozialen Fortschritt ist **ein angemessenes wirtschaftliches Wachstum.** Die Sicherung einer günstigen wirtschaftlichen Entwicklung unserer Stadt gehört daher zu den wichtigsten Aufgaben sozialdemokratischer Politik in Berlin.

Alle diese Leistungen sind nur möglich in einer stabilen inneren Ordnung. Wir Sozialdemokraten haben in den letzten Jahren den Schutz der Bevölkerung vor Verbrechen und Verbrechen verstärkt. Diesen **konsequenten Ausbau unserer inneren Sicherheit** werden wir in den kommenden Jahren ebenso konsequent fortsetzen. Leben, Gesundheit und Eigentum unserer Mitbürger bedürfen des zuverlässigen Schutzes. Wir werden diesen Schutz gewährleisten.

Terror und Gewalt dürfen nicht zu Mitteln der politischen Auseinandersetzung werden. **Wir lassen uns in der Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung von niemandem übertreffen.** Wir wollen die soziale und rechtsstaatliche Demokratie verwirklichen. Deshalb werden Ordnung und Freiheit von uns gleichermaßen geschützt.

Es bleibt das Ziel unserer Politik, Berlin zum Modell einer modernen Großstadt auszubauen. Berlin soll noch mehr als bisher zu einem Gemeinwesen werden, in dem die Bürger sich wohl fühlen.

Dies ist nur zu erreichen, wenn wir Sozialdemokraten auch in den nächsten Jahren Inhalt und Richtung der Politik in Berlin bestimmen.

Unser Wahlziel ist deshalb die absolute Mehrheit.

Wir bitten um Vertrauen für Klaus Schütz und die Berliner SPD. Nur ein klarer Vertrauensbeweis am 2. März 1975 stellt sicher, daß unsere Stadt mit der Politik der Vernunft weiter vorankommt. **Wir bitten um die ungeteilte Verantwortung für unser Berlin.**

I. Sicherheit der Stadt – Konsequente Berlin-Politik

1. Die Lebensfähigkeit Berlins beruht auf den Garantien und der Anwesenheit der Schutzmächte sowie den umfassenden Bindungen an den Bund. Das ist das unverzichtbare Fundament auch der weiteren Entwicklung Berlins in Freiheit und Frieden.

Diese Grundlage wurde im Viermächte-Abkommen über Berlin auch von der Sowjetunion anerkannt. Die großen Fortschritte, die damit erreicht wurden, müssen gesichert bleiben. Das Vertragswerk muß in allen seinen Teilen strikt eingehalten und voll angewendet werden.

2. Wir setzen uns dafür ein, daß Berlin in die westliche Entspannungspolitik eingeordnet bleibt. Dies ist die Voraussetzung für die weitere friedliche Entwicklung unserer Stadt.

Die SPD will, daß die Ergebnisse der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa auch Berlin zugute kommen. Berlin bleibt der Maßstab für den Fortschritt der Entspannung zwischen Ost und West.

3. Die Bindungen Berlins an den Bund, vor allem die Einordnung unserer Stadt in das Rechts-, Wirtschafts- und Finanzsystem der Bundesrepublik Deutschland, bleiben eine unverzichtbare Voraussetzung für die Lebensfähigkeit und den weiteren Ausbau Berlins. Diese Bindungen zu erhalten und auf der Grundlage und im Rahmen des Viermächte-Abkommens zu entwickeln, ist eine Aufgabe von zentraler Bedeutung. Hierzu gehört, daß die Interessen Berlins im Ausland durch die Bundesregierung voll wahrgenommen werden.

Einrichtungen des Bundes müssen auch künftig in Berlin errichtet werden, wenn es sachlich geboten ist. Wir werden uns außerdem dafür einsetzen, daß internationale Institutionen nach Berlin kommen.

4. Ein wichtiges Ziel der Entspannungspolitik haben wir erreicht: Der Zugang von und nach Berlin ist – trotz mancher noch bestehender Probleme – gesichert. Auf der Grundlage der Transitvereinbarungen treten wir dafür ein, daß die technischen Voraussetzungen für den Reise- und Güterverkehr verbessert werden. Die Transit-

wege müssen ausgebaut werden und dem zunehmenden Personenreiseverkehr und der wirtschaftlichen Weiterentwicklung unserer Stadt Rechnung tragen.

5. Um die Besuche von West-Berlinern im Ostteil der Stadt und in der DDR zu erleichtern, streben wir weitere Verbesserungen im Reise- und Besuchsverkehr an.

Dabei geht es vor allem darum, das Genehmigungsverfahren zu vereinfachen und eine Form der Abfertigung zu erreichen, die den Bedürfnissen der Menschen entspricht. Besuchsregelungen müssen so unkompliziert wie möglich sein. Sie dürfen nicht durch überhöhten Zwangsumtausch behindert werden.

6. Berlin muß einbezogen bleiben in die Verträge, die zur Regelung innerdeutscher Probleme zwischen den beiden Staaten in Deutschland abgeschlossen werden. Dies gilt besonders für die Folgevereinbarungen aus dem Grundvertrag. Im Rahmen der Zuständigkeit des Senats treten wir dafür ein, die Kommunikation mit Ost-Berlin und der DDR zu verbessern. Beispiele verbesserter Kommunikation sind die Abfallverbringung und Abwässerbeseitigung.

7. Zur Festigung der Bindungen Berlins an die Bundesrepublik Deutschland gehört die Einbeziehung der Stadt in alle internationalen Verträge der Bundesrepublik Deutschland. Handelsabkommen spielen hierbei eine besonders wichtige Rolle. Die geographische Lage ermöglicht Berlin eine besondere Stellung im Ost-West-Handel; seine Einbeziehung in die besonderen Handelsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR bleibt eine Selbstverständlichkeit.

8. Es muß eine Selbstverständlichkeit werden, daß osteuropäische Staaten an internationalen Veranstaltungen in Berlin (West) teilnehmen. Dies gilt auch für das gemeinsame Auftreten von Bürgern, Firmen und Institutionen aus Berlin (West) mit Personen, Unternehmen und Einrichtungen aus dem Bundesgebiet bei Messen, Ausstellungen und anderen Veranstaltungen einschl. Sportwettkämpfen in Ost-Europa.

stems in Berlin und die Entwicklung eines bundeseinheitlichen Auskunft- und Informationssystems.

11. Im demokratischen und sozialen Rechtsstaat genügt es nicht, das Verbrechen in all seinen Formen zu bekämpfen. Zum Schutz des Bürgers und der Gemeinschaft vor Rechtsbrechern gehört deshalb auch die Verhütung von Kriminalität und die Bekämpfung ihrer Ursachen.

Da wir heute wissen, daß z. B. zerrüttete Familien, unzureichende Wohnverhältnisse, Erziehungsfehler, Bildungs- und Ausbildungsmängel das Absinken in die Kriminalität begünstigen, werden wir uns noch stärker als bisher für die Besserung der Lebensumstände der Benachteiligten einsetzen. Das erfordert auch den Ausbau der Zusammenarbeit zwischen der Polizei und den Sozialen Diensten.

12. Der Beruf des Polizeibeamten ist schwierig und verantwortungsvoll. An seine Tätigkeit knüpfen die Bürger zu Recht hohe Ansprüche. Seine Aufgaben fordern seinen umfassenden persönlichen Einsatz. Diesen Anforderungen kann der Polizeibeamte nur entsprechen, wenn ihm neben der ideellen Unterstützung die dafür nötigen Möglichkeiten der Aus- und Fortbildung geboten werden.

Wir treten deshalb dafür ein, daß gleichzeitig neben der Organisations- und Strukturreform der Berliner Polizei eine grundlegende Ausbildungsreform verwirklicht wird.

Inhalt und Methode der Ausbildung müssen weiter verbessert, Ausbildungsabschlüsse so gestaltet werden, daß sie dem allgemeinen Bildungswesen entsprechen und öffentlichen Ausbildungsabschlüssen gleichwertig anerkannt sind. Fortbildung muß eine Daueraufgabe sein.

13. Zu den wichtigen Einrichtungen der inneren Sicherheit unseres Gemeinwesens gehört die Feuerwehr. Sie erfüllt ihre Aufgaben – Unfallrettungsdienst und Brandschutz – so vorbildlich, wie es ihrem Rang als ältester und größter Berufsfeuerwehr in Deutschland entspricht.

Wir treten dafür ein, daß der Unfallrettungsdienst der Berliner Feuerwehr durch ein Notarztwagen-system vervollständigt wird, bei dem Feuerwehr, Ärzte und Krankenhäuser noch enger als bisher zusammenarbeiten, um Verunglückten jede nur mögliche Hilfe bei der Erhaltung von Gesundheit und Leben zu geben.

Es entspricht unserem Verständnis bürgerlichen Gemeinsinns in einem demokratischen Gemeinwesen, wenn wir uns auch künftig dafür einsetzen, die Freiwillige Feuerwehr in Berlin zu fördern und die Zusammenarbeit mit den privaten Hilfsorganisationen auf der Grundlage des gegenseitigen Vertrauens fortzusetzen.

14. Die Zahl der Verletzten und Toten im Straßenverkehr spricht eine deutliche Sprache.

Auf der Grundlage einer umfassenden Unfallursachenforschung werden wir deshalb weitere Anstrengungen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit unternehmen.

Unsere besondere Fürsorge gilt dabei den Kindern und unseren älteren Mitbürgern. Sie dürfen nicht zu Opfern der immer dichter und gefährlicher werdenden Verkehrsströme auf unseren Straßen werden.

Neben den immerwährenden Appell an den Gemeinsinn und die Disziplin der Verkehrsteilnehmer tritt die unnachsichtige Anwendung der vollen Schärfe der gesetzlichen Bestimmungen.

Die weitere Verbesserung der Verkehrsüberwachung und Verkehrslenkung wird ebenso dazu beitragen, den Verkehr auf unseren Straßen zu regeln und zu sichern.

II. Schutz des Bürgers und der freiheitlichen Grundordnung

a) Innere Sicherheit ausbauen

9. Kernstück unserer Verfassung ist die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Wer sie angreift oder mißbraucht, gefährdet die Freiheit. Uns wird auch in Zukunft niemand darin übertreffen, sie mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zu schützen und zu verteidigen.

Die, die unsere Verfassung schützen, erfüllen Amt und Auftrag für uns alle. Sie haben unser Vertrauen und unsere Unterstützung.

Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes kann nur sein, wer sich aktiv für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einsetzt.

10. Mit der Reform der Berliner Polizei leisten wir einen wesentlichen Beitrag zur Erfüllung des „Programms für die Innere Sicherheit für die Bundesrepublik Deutschland“.

Wir erreichen damit, daß – mehr Beamte der Schutzpolizei für jedermann sichtbar und ansprechbar auf den Straßen sind

– die Verbrechensbekämpfung organisatorisch gestrafft und die Schutzpolizei mehr als bisher in sie einbezogen wird

– die Ausstattung der Polizei weiter verbessert und den technischen Erfordernissen angepaßt wird.

Zur Vorbeugung, Bekämpfung und Aufklärung von Verbrechen gehört auch der Aufbau eines polizeilichen Informationssy-

b) Rechtspflege und Strafvollzug modernisieren

15. Wir Sozialdemokraten haben die Bedeutung der Justiz für die Verwirklichung des Rechts- und Sozialstaates erkannt. Wir erweitern die Rechte des Arbeitnehmers, des Mieters, des Verbrauchers. Wir verbessern die Voraussetzungen dafür, daß der Bürger sein Recht auch durchsetzen kann:

— Die öffentliche Rechtsberatung dient der Chancengleichheit der Bürger. Sie muß deshalb ausgebaut und verbessert werden.

— Durch organisatorische Maßnahmen, vor allem durch die Zusammenlegung von Amtsgerichten, werden leistungsfähigere Gerichte geschaffen.

— Die Vorarbeiten für den Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung in der Rechtspflege, besonders im Grundbuch, werden vorangetrieben.

— Unser besonderes Augenmerk gilt der Beschleunigung der gerichtlichen Verfahren.

— Die Aus- und Fortbildung aller in der Rechtspflege Tätigen wird weiter modernisiert und intensiviert.

16. Der Strafvollzug muß ein wirksames Mittel der Verbrechensbekämpfung werden. Wir werden die Umgestaltung des Verwahrungsvollzuges zu einem behandlungsorientierten Strafvollzug mit Nachdruck vorantreiben, um den Verurteilten zu befähigen, künftig ein straffreies Leben in eigener Verantwortung zu führen.

Deshalb sorgen wir für

— die Einrichtung von Wohngruppen in allen hierfür geeigneten Bereichen, damit

die Gefangenen das Zusammenleben in einer Gemeinschaft üben können;

— die Entwicklung sozialpädagogischer und sozialtherapeutischer Methoden mit laufenden Erfolgskontrollen;

— die Erweiterung der Bemühungen um die schulische Aus- und Weiterbildung der Gefangenen, sowie eine intensivere Förderung der Berufsausbildung und der beruflichen Fortbildung der Gefangenen;

— die Angleichung der Gefangenenarbeit an das Arbeitsleben außerhalb der Anstalt

— eine wirkungsvollere Haftentlassenenhilfe.

17. Zur Verwirklichung dieser Ziele werden wir den Berliner Strafvollzug in struktureller, personeller und baulicher Hinsicht umgestalten durch

— eine gezielte Fortbildung des Personals;

— eine Zusatzausbildung für die im Strafvollzug tätigen Juristen, Sozialarbeiter, Psychologen, Pädagogen und Mediziner;

— eine neue Ausbildungskonzeption für die Beamten des mittleren und gehobenen Vollzugsverwaltungsdienstes;

— eine langfristige Bauplanung, die den Ersatz der aus dem vergangenen Jahrhundert stammenden Verwahnhäuser durch neue Gebäude vorsieht.

Durch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit werden wir Vorurteile und Widerstände gegen einen behandlungsorientierten Strafvollzug abbauen, der nicht nur humaner, sondern auf die Dauer auch billiger als der Verwahrungsvollzug alten Stils ist.

Dies ist der beste Weg zur wirksamen Bekämpfung der Rückfallkriminalität.

unentbehrlich. Das ist eine entscheidende Voraussetzung für eine weitere Anhebung der Produktivität der Berliner Wirtschaft. Vorrang bei der öffentlichen Förderung haben Betriebe, die nachprüfbar nur wenig zusätzliche Bodenfläche beanspruchen, aber überdurchschnittlich produktiv sind. Nur so wird es uns gelingen, das angestrebte Wachstum der Berliner Wirtschaft zu sichern.

21. Kleine und mittlere Betriebe tragen erheblich zur wirtschaftlichen Stabilität und Entwicklung Berlins bei.

Sie sind für die Versorgung der Verbraucher unentbehrlich, nehmen in Produktion und Dienstleistungen einen wichtigen Platz ein und können als Element des Wettbewerbs für mehr Preisstabilität sorgen. Wir Sozialdemokraten treten dafür ein, in Zusammenarbeit mit der Berliner Wirtschaft verstärkt kleinere und mittlere Unternehmen zu ermutigen, Produktionsprogramme und Produktionsablauf im Interesse steigender Arbeitsproduktivität weiter zu verbessern und ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit durch Beratung, Kooperation sowie Forschung und Entwicklung zu fördern.

22. Berlin wird auch künftig seinen Beitrag zu wachsendem Wohlstand leisten. Die systematische Entwicklung von zukunftsorientierten hochproduktiven Betrieben mit hoher Wertschöpfung ist hierzu ein wichtiger Schritt. Die Bereitstellung von Grundstücken für die Berliner Wirtschaft erfordert ganz besonderes Augenmerk. Um noch vorhandene Grundstücksreserven für die Nutzung bereitzustellen, wird ein neues Erschließungsprogramm erarbeitet werden. Unser Ziel ist es auch, bei der Ansiedlung und Erweiterung von Betrieben nicht allein die Produktionsfunktion, sondern auch unternehmerische Aufgaben des Managements, der Planung und der Forschung und Entwicklung für Berlin zu gewinnen.

23. Die überregionalen Dienstleistungen, insbesondere in den Bereichen Forschung und Entwicklung, technische und wirtschaftliche Planung und Beratung sowie Aus- und Weiterbildung müssen in Berlin ausgebaut und verstärkt gefördert werden. Darüber hinaus soll Berlin in noch größerem Umfang auf der Grundlage der Einordnung in die Wirtschaft der Bundesrepublik und Westeuropas Mittelaufgaben im Wirtschaftsaustausch zwischen Ost und West übernehmen.

Die Chancen, den wirtschaftlichen Austausch mit der DDR und mit Osteuropa weiter zu verbessern, müssen genutzt werden. Über das reine Warengeschäft hinaus sollen weitere Formen des wirtschaftlichen Austausches und der Zusammenarbeit gefördert werden.

24. Die Lage Berlins im Herzen Europas bietet besondere Möglichkeiten des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Austausches. Der Bau des Kongreßzentrums ist daher notwendig. Ein sinnvolles Programm für Kongresse, Messen, Ausstellungen und Tagungen in Berlin wird die Attraktivität der Stadt und ihre Bedeutung für den internationalen Austausch steigern können.

c) Die Wettbewerbsfähigkeit der Stadt garantieren

25. Der Ausbau unserer Wirtschaft als Lebensgrundlage für uns alle erfordert die konsequente Weiterentwicklung notwendiger Rahmenbedingungen:

— Entwicklung des innerstädtischen Verkehrsnetzes und der Ausbau leistungsfähiger Verkehrsverbindungen mit dem Bundesgebiet, der DDR und dem Ausland. Hierzu gehört z. B. der Bau einer Autobahn in den nordwestdeutschen Raum, der zweigleisige Ausbau der Eisenbahntrasse, die Erhöhung der Reisegeschwindigkeit

III. Wirtschaftliche Sicherheit

a) Arbeitsplätze sichern

18. Die Lebensfähigkeit unserer Stadt hängt entscheidend davon ab, daß wir unser Leben in wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit führen können. Wirtschaftliche Sicherheit bedeutet für uns Sozialdemokraten vor allem Sicherung der Vollbeschäftigung. Die materiellen Lebensverhältnisse müssen weiter gesichert und die Arbeitsbedingungen verbessert werden. Um dies zu gewährleisten, werden wir mit allen am Wirtschaftsleben Beteiligten vertrauensvoll zusammenarbeiten. Unsere Bemühungen um eine weitere Demokratisierung in Wirtschaft und Gesellschaft werden wir konsequent fortführen. Ein Schritt hierzu war die Einführung der paritätischen Mitbestimmung in den Berliner Eigenbetrieben.

19. Die Zahl der einheimischen Erwerbspersonen in Berlin geht infolge der Altersstruktur der Bevölkerung auch in den nächsten Jahren noch zurück. Die Bemühungen um Wiedereingliederung Älterer in den Arbeitsprozeß, verstärkte Frauenbeschäftigung und ein steigendes Angebot von Teilzeitarbeitsplätzen können die Lücke nur zum Teil schließen. Wenn wir mit dem Wirtschaftswachstum des übrigen Bundesgebietes Schritt halten wollen, ist deshalb ein weiterer Zuzug und ein Selbstwerden westdeutscher Arbeitnehmer in unserer Stadt unumgänglich.

Das Arbeiten und Leben in Berlin wird attraktiv bleiben, wenn

— die Einkommen der Arbeitnehmer mindestens auf gleichem Niveau wie in vergleichbaren westdeutschen Industriestädten liegen,

— das Angebot an zukunftsträchtigen Arbeitsplätzen steigt,

— berufliche Aufstiegsmöglichkeiten gegeben sind,

— stärkere Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte zu humaneren Arbeitsbedingungen verhelfen und

— die Einrichtungen der Infrastruktur wie Wohnen, Bildung, Sozial- und Gesundheitswesen, Verkehr, Freizeit und Erholung, Kunst und Wissenschaft noch weiter verbessert werden.

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik bleibt diesen Zielen verpflichtet.

b) Die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft stärken

20. Um die Vollbeschäftigung zu gewährleisten und die Arbeitsplätze so sicher und attraktiv wie möglich zu machen, muß die Leistungsfähigkeit der Berliner Wirtschaft weiter gesteigert werden. Eine kräftige Investitionstätigkeit und die zunehmende nationale und internationale Wettbewerbsfähigkeit bilden hierfür die Voraussetzungen.

Eine besondere Förderung der Berliner Wirtschaft zum Ausgleich der Standortnachteile und zur Entwicklung und Ansiedlung von Produktionsstätten bleibt auch künftig

keit und des Komforts der Eisenbahn, der Ausbau der Wasserstraßen in und um Berlin und die verstärkte Einbeziehung Berlins in den internationalen Flugdirektverkehr.

— Langfristige Sicherung der Energieversorgung durch Einbeziehung Berlins in Energie-Verbund-Systeme.

— Beispielhafte Ausgestaltung der Fortbildungsmöglichkeiten durch ein umfassendes System beruflicher Bildung und Weiterbildung.

— Weiterer Ausbau der sozialen Infrastruktur in den Bereichen Wohnungsversorgung, Gesundheitssicherung und -vorsorge, soziale Sicherung und des kulturellen Angebots.

Die gesamte Politik der Stadtentwicklung muß diesen Zielen dienen.

d) Ausbau der Verbraucherpolitik

26. Ein wirksamer Wettbewerb in allen Wirtschaftsbereichen ist die entscheidende

Voraussetzung einer erfolgreichen Verbraucherpolitik. Durch weitere gesetzgeberische Maßnahmen wollen wir die Marktposition des Verbrauchers stärken. Mit verschärften Kontrollen muß der Erfolg der Verbraucherschutzgesetze gewährleistet werden.

Neben der Verbesserung des gesetzlichen Verbraucherschutzes setzen wir uns dafür ein, daß die Verbraucher von ihrem Recht der freien Konsumwahl tatsächlich Gebrauch machen können. Hierzu sind vor allem mehr und bessere Informationen notwendig. Die SPD will deshalb in Berlin

— die Institutionen ausbauen, die zu einer verbesserten Verbraucherbildung und Verbraucherinformation beitragen;

— weitere Sendezeiten von Rundfunk- und Fernsehveranstaltungen für eine gezielte Verbraucherberatung;

— bereits in der Schule kritisches Verbraucherverhalten fördern.

wesen Rechnung tragen. Auch die berufsbegleitende Fortbildung muß weiter verbessert werden. Hierzu gehört u. a. die Einrichtung der Akademischen Lehrkrankenhäuser, die auch ambulante Versorgungsleistungen zu Ausbildungszwecken erbringen.

b) Neue Wohnungen bauen - Altbauten modernisieren

33. Die SPD setzt sich weiterhin mit allen Kräften dafür ein, jeden Bürger mit einer angemessenen Wohnung zu versorgen; Wohnungen sind Voraussetzung für die Chancengleichheit aller. Das bedeutet: Wohnungen dürfen kein Spekulationsobjekt sein.

34. Wir werden auch künftig dafür eintreten, daß Berlin nicht „Weißer Kreis“ wird. Das geltende Mieterschutzgesetz läuft am 31. Dezember 1975 aus. Für die Zeit danach will die SPD den Kündigungsschutz für Mieter als Dauerrecht gesetzlich verankern.

Auch wenn Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt werden, muß der Schutz der Mieter zumindest in dem Umfang wie bisher erhalten bleiben. Die Berliner SPD wird aber darüber hinaus bemüht bleiben, die Bundesinstanzen von der Notwendigkeit zu überzeugen, für diese Fälle den Schutz der Mieter zu vergrößern.

35. Die Berliner Sozialdemokraten bekennen sich nach wie vor für die Mietpreisbindung bei Altbauwohnungen und werden sich dafür einsetzen, daß diese Regelung unbefristet bestehen bleibt. Wir treten dafür ein, daß das System der periodischen Mieterhöhungen beendet wird. Mieterhöhungen für Altbauwohnungen sollen nur noch dann in bestimmten Zeitabständen zugelassen werden, wenn die Vermieter nachweisen, daß ihnen Aufwendungen in erheblichem Maße ausschließlich für die Instandhaltung und Modernisierung der Häuser und Wohnungen entstanden und somit den Mietern zugute gekommen sind. Die hierfür erforderlichen Ausführungsbestimmungen werden gesetzlich geregelt.

Wie in der Vergangenheit werden wir auch in Zukunft für angemessene Mieten in Sozialwohnungen und in steuerbegünstigten Wohnungen sorgen. Zu hohe Belastungen für die Mieter werden wir nicht zulassen. Wir werden auch verlangen, daß das Mietpreisrecht in Berlin gründlich vereinfacht wird. Jeder Mieter soll seine Miete selbst berechnen können. Damit kann auch die Preisüberwachung erleichtert werden. Schließlich setzt sich die SPD für die Dynamisierung des Wohngeldes ein, d. h. die laufende Anpassung an Einkommen und Mietpreis. Dabei sollen auch die Umlagen in die Berechnung der Unkosten voll einbezogen werden.

36. Die SPD zählt sowohl die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Wohnungen als auch deren gerechte Verteilung zu ihren wichtigsten Aufgaben. Der Senat hat zu diesem Zweck eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, wie z. B. die Überlassungs- und die Zweckentfremdungsverbotsverordnung sowie die Förderung des Wohnungstausches, insbesondere durch den kommunalen Tauschnachweis.

Nach der Überlassungsverordnung dürfen Vermieter ihre Sozialwohnungen nur an Wohnungssuchende vermieten, die vom Landesamt für Wohnungswesen benannt worden sind. Damit können auch Dringlichkeitsfälle in kürzerer Zeit versorgt werden.

Darüber hinaus werden wir alle Möglichkeiten nutzen, um auch Altbauwohnungen, steuerbegünstigte Wohnungen sowie besondere Arten von Sozialwohnungen in die öffentliche Wohnungsvermittlung einzubeziehen. Dazu ist jedoch die Bereitschaft der Vermieter, diese Wohnungen dem Lan-

IV. Soziale Sicherheit

a) Unser Gesundheitswesen verstärkt ausbauen - die ärztliche Versorgung verbessern

27. Wir werden der Verbesserung des Berliner Gesundheitswesens in den nächsten vier Jahren besondere Bedeutung beimessen.

Jeder Bürger hat Anspruch darauf, daß seine Gesundheit so weit wie möglich geschützt und bewahrt wird. Die SPD garantiert sozial gerechte Maßnahmen zur Sicherung der Gesundheit. Ein umfassendes System zur gesundheitlichen Versorgung der Berliner muß die Vorsorge vor drohenden Erkrankungen ebenso einschließen wie die Heilung bestehender Krankheiten und die nachgehenden Maßnahmen zur Rehabilitation. Die modernsten medizinischen Behandlungsmethoden müssen jedermann zugänglich gemacht werden. Wir treten daher für langfristige Sach- und Finanzplanungen ein, um den erforderlichen personellen, baulichen und technischen Bedarf zu decken. Dabei ist auch eine erweiterte konzeptionelle Zusammenarbeit mit dem Bund und den anderen Bundesländern erforderlich.

28. Einige Krankenhäuser entsprechen baulich und in ihrer technischen Einrichtung oft nicht mehr den Anforderungen, die die medizinische Entwicklung an sie stellt. Mit einem umfassenden Programm zur Modernisierung der Berliner Krankenhäuser werden wir bis 1978 eine große Zahl von Vorhaben sowohl im städtischen als auch im gemeinnützigen Bereich einleiten und hierbei für die notwendigen baulichen, technischen, organisatorischen und strukturellen Verbesserungen und Erneuerungen sorgen.

Die für die Instandhaltung und Modernisierung notwendigen Investitionen müssen im Rahmen der öffentlichen Aufgaben vorrangig bereitgestellt werden.

29. Wichtige gesundheitspolitische Ziele sind auch die Schaffung von Nachsorgekliniken und Rehabilitationseinrichtungen, die vorstationäre Diagnostik und nachstationäre Behandlung im Krankenhaus sowie die Verknüpfung gesundheitlicher und sozialer Dienste. Außerdem wird sich die SPD für die Verbesserung der ambulanten Behandlungsmöglichkeiten, den Ausbau der Hauskrankenpflege, für eine allgemeine Erweiterung der Versorgung psychisch Kranker und für die Einrichtung eines kinderpsychiatrischen Rehabilitationszentrums einsetzen. Der Berliner Krankenhausbedarfsplan muß besonders in struktureller

Hinsicht ständig fortentwickelt werden. Das Ziel ist dabei eine gleichmäßige, optimale Versorgung der Bevölkerung und eine schwerpunktmäßige Zusammenfassung besonderer medizinischer Fachgebiete.

Wegen der Altersstruktur Berlins werden Einrichtungen zur ambulanten und stationären Versorgung alter Menschen sowie Forschungsvorhaben auf dem Gebiet der Geriatrie besonders gefördert.

Der bundeseinheitlich gestaltete Notfallausweis wird auch in Berlin so rasch wie möglich eingeführt werden.

30. Durch verstärkte Aufklärung kann Erkrankungen vorbeugt werden. Dazu gehören Informationen über eine gesunde Lebensweise, Vorsorge- und Früherkennungsforschungen, Beratungen und Betreuung im Rahmen der Gesundheitsvorsorge- und -fürsorge sowie eine verschärfte Lebensmittelüberwachung. Die Fürsorge- und Beratungsdienste des öffentlichen Gesundheitsdienstes sollen weiter ausgebaut werden. Es ist notwendig, das Recht des öffentlichen Gesundheitsdienstes in Abstimmung mit anderen Bundesländern gesetzlich neu zu regeln. Wir werden uns besonders darum bemühen, soziale Ursachen von Krankheiten abzubauen. Dabei ist auch die Stadtplanung einzubeziehen.

31. Als wichtige Voraussetzungen für eine Verbesserung der Gesundheitsversorgung in Berlin sind eine optimale Zusammenarbeit von Krankenhäusern, niedergelassenen Ärzten und öffentlichem Gesundheitsdienst sowie der Abbau bisher zu starrer Abgrenzungen zwischen diesen Bereichen unerlässlich. Bestrebungen der niedergelassenen Ärzte, für eine bessere ambulante Versorgung der Bevölkerung zu sorgen, werden wir unterstützen. Die SPD wird auch neue Formen gemeinsamer ärztlicher Berufsausübung fördern.

Sozialmedizin, Maßnahmen zur Vorbeugung und Probleme der außerklinischen Versorgung müssen wissenschaftlich weiter vorangetrieben werden, möglichst unter überregionaler Koordinierung und Schwerpunktbildung.

Um den Anstieg der Kosten im Gesundheitswesen in Grenzen zu halten, sind wirtschaftliche Betriebsführung, fortlaufende Rationalisierungen, sinnvolle Arbeitsabläufe und -bedingungen sowie Strukturverbesserungen unbedingt erforderlich. Die grundlegend neuen Strukturen des Landeskrankenhausgesetzes müssen verwirklicht werden.

32. Durch strukturelle Maßnahmen wollen wir schon in der Ausbildung den künftigen Anforderungen an das Gesundheits-

desamt für Wohnungswesen zu benennen, erforderlich.

Die SPD wendet sich mit allem Nachdruck dagegen, daß in unserer Stadt Wohnungen leerstehen. Das Landesamt für Wohnungswesen wird auch künftig von uns dabei unterstützt, solchen Fällen unverzüglich nachzugehen und Mißstände zu beseitigen. Um solche Aufgaben wirkungsvoll zu bewältigen, soll das Landesamt für Wohnungswesen zum Dienstleistungsbetrieb für die Bürger unserer Stadt weiter ausgebaut werden.

37. Die Berliner SPD hat ihr Versprechen gehalten: In der ablaufenden Wahlperiode wurden mit Sicherheit 75 000 neue Wohnungen fertiggestellt. Damit haben wir unser Wahlziel von 1971 voll erreicht. Berlin hat damit — bezogen auf die Zahl seiner Bürger — seine Spitzenstellung in der öffentlichen Wohnungsbauförderung ausgebaut.

Auch künftig wird dem Wohnungsbau in Berlin besondere Bedeutung geschenkt werden. Es werden so viele Wohnungen wie möglich gefördert werden. Diese Bemühungen setzen voraus, daß

- genügend Fläche
- genügend finanzielle Mittel
- genügend technische und Planungskapazität und
- die Bereitschaft von Bauherren vorhanden sowie

— eine zumutbare Miete erreichbar ist. Die Berliner Bevölkerung soll wissen: An einem sozialdemokratisch geführten Senat wird kein vertretbares Wohnungsbauvorhaben scheitern!

38. Die Modernisierung und Instandsetzung von Wohngebäuden ist eine bedeutende Aufgabe in den nächsten Jahren. Die SPD fordert hierfür eine wesentliche Verstärkung der bisherigen Förderung.

Die Modernisierung als Ergänzung zur Stadterneuerung umfaßt vor allem

- den Einbau von Innentoiletten und Bädern und

- den Einbau von Heizungs-, Warmwasserversorgungs- und Aufzugsanlagen.

Mit der Modernisierung streben wir zugleich dort, wo es wirtschaftlich sinnvoll ist, auch den Anschluß von weiteren Wohnungen an die Fernheizung an.

Das kommende Bundesgesetz zur „Erhaltung und Modernisierung von Wohngebäuden“ sieht darüber hinaus ein Modernisierungsgebot vor. Die nach diesem Gesetz modernisierten Wohnungen sollen bei ihrer Neuvermietung künftig Wohnungsuchenden vorbehalten bleiben, deren Einkommen die Einkommensgrenzen des Sozialen Wohnungsbaues um nicht mehr als 40 Prozent übersteigt.

Die Erhaltung, Renovierung und Instandsetzung von Schulen, Kindertagesstätten, Seniorenheimen und Seniorenwohnhäusern muß mit gleicher Intensität betrieben werden. Die SPD wird sich dafür einsetzen, die Mittel für die bauliche Unterhaltung öffentlicher Einrichtungen weiter zu verstärken.

39. Das große Programm der Stadterneuerung dient auch der Überwindung der Bausünden früherer Generationen. Die Erfahrung zeigt, daß die Bürger für das Berliner Konzept der Stadterneuerung Verständnis aufbringen. Darauf aufbauend erscheint weitere Beschleunigung möglich. So sollen die jährlichen Freimachungsprogramme möglichst auf rund 5000 Wohneinheiten erhöht und der Anteil der Sanierungsvorhaben in den Wohnungsbauförderungsprogrammen verstärkt werden.

Das Zweite Stadterneuerungsprogramm ist für Gebiete mit weiteren 50 000 sanierungsbedürftigen Wohneinheiten vorgesehen. Die planerischen Vorarbeiten sind ange laufen; in der kommenden Wahlperiode soll die Realisierung beginnen.

Als eine besondere Form der Erneuerung wird die Modernisierung der Gebäude aus städtebaulichen Gründen verstärkt werden. In welchem Umfang sie im einzelnen vorgenommen wird, hängt auch von der Bereitschaft der Bürger ab, in diesen dann modernisierten Gebieten zu bleiben oder heimisch zu werden.

Die erforderlichen öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Kindertagesstätten, Kinderspielplätze, Sportanlagen, Seniorenheime werden im Rahmen einer gebündelten Finanzierung im zeitlichen Rahmen der Sanierungsprogramme hergestellt.

c) Hilfen für unsere älteren Mitbürger

40. In der für ältere Bürger besonders wichtigen Frage der Sicherung ihres Lebensabends sind durch die Rentenreform im Jahre 1972 weitere entscheidende Fortschritte erzielt worden. Hierzu gehören die Einführung der flexiblen Altersgrenze, die Anhebung der Renten nach Mindesteinkommen und die Öffnung der Rentenversicherung für weitere Personengruppen.

Sozialdemokratischer Politik ist es zu verdanken, daß die Rentner an der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung vollen Anteil haben; so stiegen die Renten von 1972 bis 1974 um 44 Prozent. Daß dies so bleibt, dafür garantieren Sozialdemokraten im Bund und in Berlin.

41. Die Berliner Sozialdemokraten werden ihre aktive Politik für die Belange der vielen älteren Mitbürger kontinuierlich weiterentwickeln. Die wichtigste und allgemein anerkannte Grundlage für die Vielzahl von Möglichkeiten, die bereits heute älteren Mitbürgern zur Verfügung stehen, bleibt der Berliner Seniorenplan — Angebote für Senioren —, der voll ausgeschöpft werden muß. Bei der Weiterentwicklung der Angebote wird es darauf ankommen, Anregungen und Wünsche der Betroffenen wie auch vor allem der Verbände der freien Wohlfahrt voll einzubeziehen.

42. Der steigenden Nachfrage der Berliner Senioren nach bedarfsgerechten Wohnmöglichkeiten entsprechend, werden wir die Modernisierung geeigneten Wohnbestandes neben der Errichtung neuer Seniorenwohnungen verstärkt fortsetzen. Ein erstes Modernisierungsprogramm für 6000 Wohnungen wird bereits durchgeführt. Auch das Angebot von Plätzen in Seniorenwohnhäusern muß zielstrebig erweitert werden.

Es ist der berechtigte Wunsch älterer Bürger, möglichst lange selbständig zu wohnen, im Bedarfsfalle jedoch betreut zu werden. Diesem Anliegen muß durch den weiteren Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten im Wohnbereich entsprochen werden. Hierzu gehört ein verstärktes Angebot von häuslichen Diensten, wie insbesondere der Hauspflege und des fahrbaren Mittagstisches. Durch eine verbesserte Ausbildung von Altenpflegern werden die personellen Voraussetzungen für diese und andere Hilfen geschaffen.

43. Die SPD setzt sich dafür ein, Tagesheime zur tageweisen Betreuung pflegebedürftiger älterer Menschen zu errichten. Dadurch sollen bessere Voraussetzungen für das Zusammenleben in Familien geschaffen werden. Berlin unterbreitet damit ein weiteres vorbildliches Angebot.

Wir Sozialdemokraten werden sicherstellen, daß auch die älteren Bürger, die in

Senioreneinrichtungen wohnen, an der allgemeinen Entwicklung des Lebensstandards beteiligt werden. Für die Bezieher geringer Einkommen streben wir einen bedarfsgerechten Ausgleich für Kosten- und Preissteigerungen an.

44. Die Chance zu sinnvoller Freizeitbeschäftigung, die ein Leben ohne berufliche Verpflichtungen verstärkt bietet, macht einen Ausbau entsprechender Angebote notwendig.

Wir werden deshalb, aufbauend auf den bisherigen guten Erfahrungen, die Freizeitangebote — kulturelle Veranstaltungen, Volkshochschule, Reisen, Sport, Kontaktmöglichkeiten und Pflege von Interessen und Neigungen — weiterentwickeln. Hierzu gehört auch besonders die Errichtung weiterer Seniorenfreizeitstätten.

45. Information und Beratung für Senioren müssen verbessert werden. Die zur Vorbereitung auf den Lebensabend und als gezielte Unterrichtung über neuere Erkenntnisse der Altersforschung entwickelten Seniorenbriefe — ein in Berlin entstandenes Modell — müssen durch Ausweitung des Empfängerkreises zu einer steten Informationsquelle für die gesamte Seniorengeneration werden.

d) Bessere Eingliederung der Behinderten

46. Es entspricht dem Selbstverständnis sozialdemokratischer Politik, sich besonders für sozial Benachteiligte einzusetzen. Wir wollen körperlich, geistig und seelisch Behinderten dabei helfen, einen angemessenen Platz in der Gesellschaft einzunehmen. Wir dürfen nicht zulassen, daß in unserer leistungsorientierten Gesellschaft die Interessen der Behinderten unberücksichtigt bleiben. Unser Ziel ist die volle soziale Eingliederung der Behinderten, ihre umfassende Rehabilitation.

Zu den vielfältigen Angeboten im Bildungsbereich zählt insbesondere die berufliche Bildung Behinderter in Zusammenarbeit mit den Berufsbildungswerken. Die SPD wird sich für eine Weiterentwicklung der für das gesamte Bundesgebiet vorbildlichen Berliner Werkstätten für Behinderte einsetzen. Den dort arbeitenden Menschen muß durch die Einbeziehung in die allgemeine Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung voller sozialer Schutz gewährt werden. Für diejenigen, bei denen der Grad ihrer Behinderung eine Berufsausübung auch in solchen Werkstätten nicht zuläßt, werden wir andere, ausreichende Arbeitmöglichkeiten schaffen.

47. Wir können unseren behinderten Mitbürgern nur dann zu einer unabhängigen Lebensführung verhelfen, wenn wir hierbei die Unterstützung aller Bürger haben. Die umfassendsten Maßnahmen des Staates ersetzen nicht die persönlichen Initiativen von Verwandten, Freunden und Nachbarn. Der Staat muß diese persönlichen Hilfeleistungen unterstützen.

Die zahlreichen Hilfsangebote für Behinderte müssen rechtzeitig und gründlicher beansprucht werden. Wir unterstützen die Bemühungen um eine Früherfassung der Behinderten durch Einführung einer Meldepflicht, um so früh wie möglich helfen zu können.

V. Zukunftssicherung

a) Erziehung und Bildung unserer Kinder in Schule und Freizeit

48. Die wachsenden und sich ändernden Anforderungen an unser Erziehungs- und Bildungssystem erfordern ein in sich differenziertes und aufeinander aufbauendes System von altersgerechten Erziehungs- und Bildungsmaßnahmen. Hierbei gilt es, sowohl zusätzliche Entfaltungsmöglichkeiten für den einzelnen zu schaffen als auch die Bedürfnisse der Gesellschaft zu berücksichtigen. Es ist und bleibt das Ziel der Berliner Sozialdemokraten, die Bildungsmöglichkeiten für alle zu sichern und weiter auszubauen, um damit die Ungleichheit von Chancen zu verringern. Den sozial schwächeren Bürgern gilt dabei unsere besondere Aufmerksamkeit. Wir wollen junge Menschen befähigen, ihre künftige Rolle in Beruf, Staat und Gesellschaft als mündige Bürger verantwortungsbewußt zu meistern.

Diese Aufgabe gilt für alle Erziehungs- und Bildungsstufen:

- die frühkindliche Erziehung bis zum 3. Lebensjahr,
- den Kindergarten für Drei- und Vierjährige,
- den Primarbereich mit Vorklasse und Grundschule der Klassen 1–6,
- die besondere Förderung behinderter Kinder durch speziell ausgebildete Fachkräfte,
- den Sekundarbereich I (Mittelstufe),
- den Sekundarbereich II mit den studien- und berufsbezogenen Bildungsgängen,
- den Tertiärbereich mit den Hochschulen und
- die Erwachsenenbildung.

Erziehung und Bildung in Familie, Schule und Beruf werden durch die Angebote der Jugendhilfe ergänzt und unterstützt. Diese Angebote — vom Spielplatz über die Kindertagesstätte, den Kinder- und Jugendclub, das Freizeitheim und die Erholungsprogramme bis hin zu den besonderen Angeboten für sozial benachteiligte junge Menschen — werden, der jeweiligen Altersstufe entsprechend, künftig noch zahlreicher unterbreitet werden müssen.

49. Unser System von Erziehungs- und Bildungsangeboten erfordert auch solche zur Ergänzung der frühkindlichen Erziehung von Kindern unter drei Jahren. Diese Angebote, besonders für sozial benachteiligte Eltern, sollen die unterschiedlichen Bedürfnisse von Eltern und Kindern berücksichtigen. Das heißt, daß bei ihnen

- Wohnungsnahe,
 - kleine Gruppen mit gut ausgebildeten Erziehern,
 - gezielte Förderung der Kinder, auch durch anregende kindgerechte Einrichtungen der Räume,
 - Entlastung der Eltern untereinander und durch die Erzieher sowie
 - die Möglichkeit freiwilliger Mitarbeit der Eltern
- besondere Berücksichtigung finden müssen.

Wir werden uns daher für die Erprobung solcher Möglichkeiten von Tageserziehung im engeren Wohnbereich einsetzen.

50. Der Kindergarten bietet in Ergänzung und Erweiterung der Familienerziehung den Drei- bis Fünfjährigen die Gelegenheit, soziale Verhaltensweisen in Gruppen zu erproben und zu erlernen.

Wir setzen uns dafür ein, daß langfristig 75 Prozent der drei- bis fünfjährigen Kinder, in Wohnbereichen mit einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen und mit milieubenechtigten Kindern sogar 100 Prozent, einen Kindergartenplatz erhalten. Mit der Verwirklichung des Kindertagesstättenentwicklungsplanes werden zusätzliche Kindertagesstätten gebaut und inhaltliche Verbesserungen erreicht. Dabei wird nicht nur im Bereich der frühkindlichen Erziehung durch Mitarbeit die Elternbildung in familienergänzenden Erziehungseinrichtungen erweitert und verbessert werden, sondern im gesamten Bereich des Bildungs- u. Erziehungswesens.

51. In der kommenden Legislaturperiode werden in der Grundschule die Vorklassen und Vorschulgruppen sowie die heutige Klasse 1 zu einer zweijährigen Eingangsstufe zusammengefaßt, die einen der Entwicklung des Kindes angemessenen Übergang von der vorschulischen zur schulischen Erziehung darstellt. Der Beginn der Schulpflicht soll für alle Kinder um ein Jahr vorverlegt werden. Gleichzeitig muß das Grundschulreformprogramm zur Verbesserung der Lernbedingungen planmäßig weitergeführt werden. Es geht dabei um

- die Einrichtung kleiner Fördergruppen für 5–8 Schüler,
- die Anwendung von Teilungsstunden und
- die Senkung der Durchschnittsfrequenzen in der Eingangsstufe auf 25.

Dadurch wird sichergestellt, daß alle Kinder gemeinsam von Klassenstufe zu Klassenstufe aufsteigen können und die Wiederholung einer Klassenstufe eine seltene Ausnahme wird.

Die Angebote an ganztägiger Betreuung der Grundschulkinder werden erweitert, insbesondere werden weitere Kinderzentren als Verbund zwischen Grundschule, Kindergarten und Hort errichtet.

52. Es ist das Ziel der Berliner Sozialdemokraten, allen Schülern im Anschluß an die gemeinsame Grundschule eine wissenschaftlich orientierte Grundbildung in der Mittelstufe (Sekundarstufe I) zu vermitteln. Die Zahl der integrierten Mittelstufenschulen wird deshalb über die bereits bestehenden Mittelstufenzentren und Gesamtschulen hinaus durch organisatorische und bauliche Maßnahmen in bestehenden Schulanlagen vergrößert. Darüber hinaus soll die Mittelstufe Berufsfeldwahlunterricht anbieten, um den Jugendlichen die Auswahl der weiteren Bildungsgänge zu erleichtern. Bis zur vollen Durchführung der Gesamtschule sind die Förderungsmaßnahmen an der Hauptschule im Rahmen des Schulentwicklungsplanes weiter zu verstärken.

Durch die Weiterentwicklung der Rahmenpläne für Unterricht und Erziehung sollen Inhalt und Organisation des Unterrichts in den verschiedenen Schulzweigen einander angenähert werden. Nur so wird ein einheitliches Lehrangebot für alle Schüler zu erreichen sein.

53. Im Sekundarbereich II wird in den vorhandenen Oberstufen der Gymnasien die eingeleitete Reform fortgeführt. Um das besondere Ziel der SPD, die Gleichwertigkeit von berufs- und studienbezogener Bildung zu erreichen, werden über 20 berufsbezogene Oberstufenzentren eingerichtet.

In den Oberstufenzentren werden verbandstudien- und berufsbezogene Bil-

dungsgänge zusammengefaßt. Durch die Abstimmung und Verzahnung dieser Bildungsgänge muß stärker als bisher zum Ausdruck gebracht werden, daß berufliche und allgemeine Bildung gleichwertig sind. Hierzu ist in den berufsbezogenen Bildungsgängen der theoretische und fachtheoretische Unterricht zu stärken, während in den studienbezogenen Bildungsgängen vermehrt fachpraktischer und berufsqualifizierender Unterricht erteilt werden muß.

54. Die Humanität unserer Gesellschaft erweist sich nicht zuletzt an der Hilfsbereitschaft gegenüber Kindern mit Lernbehinderungen. Sie benötigen eine spezielle heilpädagogische Förderung. Hierbei muß jede Form gesellschaftlicher Diskriminierung ausgeschlossen sein.

Durch geeignete Maßnahmen und eine enge Zusammenarbeit aller Schulstufen mit den Sonderschulen wollen wir erreichen, daß möglichst viele behinderte Kinder und Jugendliche im allgemeinen Schulbereich bleiben oder dorthin zurückkehren können. Therapie- und heilpädagogischer Förderunterricht soll auch in Grund- und Oberschulen erprobt werden.

Schülern, Eltern und Lehrern sollen mehr Schulpsychologen und Beratungslehrer zur Verfügung stehen. Auf diese Weise können Chancen besser wahrgenommen, Bildungsbedingungen verbessert und die Arbeit der Lehrer fachpsychologisch unterstützt werden. Der schulpsychologische Dienst wird weiter ausgebaut.

Um schulbedingte Lern- und Erziehungsschwierigkeiten zu beheben, soll der Einsatz von therapeutischem Personal innerhalb des schulpsychologischen Dienstes erprobt werden.

Sonderpädagogische Beratungsstellen helfen Eltern und Erziehern bei ihren Aufgaben.

Schulen für Lernbehinderte sollen künftig als Ganztagschulen gebaut, weitere selbständige Schulen für geistig Behinderte sollen eingerichtet werden. Von 1975 bis 1979 werden sechs neue Sonderschulen, ein Erweiterungsbau und ein heilpädagogisches Zentrum errichtet.

55. Wir können unsere bildungspolitischen Ziele nur erreichen, wenn der Schulbau auch nach der außergewöhnlichen Leistung in der vergangenen Wahlperiode ein besonderer Schwerpunkt des Berliner Hochbaues bleibt.

Die bessere Ausstattung der Schulen mit Lehr- und Lernmitteln, einschließlich audiovisueller Geräte, bleibt ein wichtiges Ziel unserer Bildungspolitik.

56. Wir Sozialdemokraten werden eine Reform der Lehrerbildung durchführen, die auf der Grundlage des Bildungsgesamtplanes allen Lehrern eine wissenschaftlich fundierte Ausbildung vermittelt und das stufenbezogene Lehramt sowie das stufenbezogene erweiterte Lehramt verwirklicht. Dazu gehören auch die institutionellen Voraussetzungen der integrierten Lehrerbildung.

Mit Beginn des Schuljahres 1976/77 soll der Vorbereitungsdienst für die Lehrer zur Anstellung eingeführt werden und danach eine enge Zusammenarbeit in der schulpraktischen Ausbildung der Referendare und Lehrer zur Ausbildung erfolgen.

57. Sozialdemokratische Jugendpolitik ist darauf gerichtet, daß die Jugendhilfe die Erziehungs- und Bildungsaufgaben von Familie, Schule und Berufsausbildung als eigenständigen Erziehungsbereich ergänzt. Neben den Angeboten im Bereich der frühkindlichen Erziehung und der Kindergärten dienen hierfür die

— Fortführung des Baues von Kinderspielplätzen und die Einrichtung weiterer pädagogisch geleiteter Spielplätze auf der

Grundlage des Spielplatzentwicklungsplans

– Fortführung des Baues von Kindertagesstätten (Kindergärten eingeschlossen)

– Umsetzung von weiteren Zielvorstellungen des Kindertagesstättenentwicklungsplans, besonders inhaltliche Verbesserungen der Arbeit

– Weiterentwicklung der Förderung der Jugendarbeit, besonders der Angebote außerschulischer Jugendbildung – einschließlich des Ausbaues weiterer Bildungsstätten und der Koordinierung von Bildungsangeboten – sowie der sonstigen Angebote in Kinderclubs, Jugendclubs und Freizeitzentren im Rahmen eines Stufenplans

– Weiterführung der auf den Ausgleich von sozialer Benachteiligung gerichteten Angebote für behinderte junge Menschen in Obdachlosigkeit und benachteiligten Wohngebieten, in Suchtabhängigkeit und für junge Menschen in Heimen. Wir setzen uns dafür ein, daß die bewährte Zusammenarbeit des Senats mit den Jugendverbänden und den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege fortgesetzt wird.

58. Für Sozialdemokraten ist Familienpolitik immer auch Gesellschaftspolitik, die sich an den Bedürfnissen von Kindern und ihren Eltern orientiert. Es ist notwendig, mit einer Vielzahl von Angeboten, den Erziehungsberechtigten zu helfen, ihre Erziehungsaufgabe so gut wie möglich zu erfüllen. Diesem Ziel dienen vor allem die ergänzenden allgemeinen Angebote der Jugendhilfe.

Darüber hinaus müssen besonders gefördert werden:

– die Elternbildungsarbeit, vornehmlich durch die Beteiligung der Eltern an der Arbeit von Kindertagesstätten und sonstige familienergänzende Erziehungs- und Beratungshilfen, besonders im Bereich der frühkindlichen Erziehung,

– weitere Beratungsangebote durch einen Ausbau der Erziehungsberatungsstellen zu einem Beratungsdienst für Jugend und Familie,

– die Programme der Familienerholung unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse sozial Benachteiligter –,

– die Umsetzung von Vorstellungen für eine bessere Koordinierung und Zusammenarbeit der Familie und Jugendliche beratenden, unterstützenden und fördernden Sozialen Dienste und

– Initiativen von Eltern und engagierten Bürgern zur Ergänzung der Erziehung in der Familie.

b) Berufliche Bildung verbessern – Hochschulen integrieren

59. Die soziale und wirtschaftliche Sicherheit des Bürgers ist von der Sicherung des Arbeitsplatzes abhängig. Um die Existenzgrundlage der arbeitenden Menschen in unserer Stadt zu sichern, werden wir unsere beschäftigungspolitischen Maßnahmen und die wachstumsorientierte Strukturpolitik fortsetzen. Darüber hinaus muß aber auch die Bereitschaft des einzelnen gefördert werden, durch ständiges Lernen dem raschen wissenschaftlichen, technischen und wirtschaftlichen Wandel zu begegnen.

Ein Schwerpunkt sozialdemokratischer Politik ist daher die Erwachsenenbildung. Sie soll langfristig zu einem gleichwertigen Bildungsbereich ausgebaut werden. Ihr Angebot wird jeden Bürger befähigen, seine berufliche und soziale Existenz zu sichern und zu verbessern und damit seinen Freiheitsraum zu erweitern. Berlin ist mehr als jedes andere Land auf beruflich qualifizierte und politisch bewußte Bürger angewiesen. Dazu ist eine schrittweise Verwirklichung des Bildungsurlaubes für

alle Arbeitnehmer eine wichtige Voraussetzung.

60. Auf künftige Veränderungen im Berufsleben kann sich nur der einstellen, der die Entwicklungstrends kennt. Entscheidungen für den einen oder anderen Beruf bedürfen ganz besonders der rechtzeitigen Information über die künftige berufliche Bedarfsstruktur. In Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Arbeit soll deshalb in Berlin ein Berufsberatungs- und Schul-Informationssystem geschaffen werden, das Eltern und Jugendliche besser als bisher über Berufs- und Schullaufbahnen informiert. Vorausschauende Untersuchungen über den lang- und mittelfristigen Bedarf an Berufen werden dann jedem zur Verfügung stehen.

61. Berufliche Bildung muß verbessert und attraktiver gemacht werden. Ziele der Strukturreform in der Oberstufe des Berliner Schulwesens sind

– die Gleichwertigkeit beruflicher und sogenannter allgemeinbildender Abschlüsse, – die inhaltliche und organisatorische Abstimmung und Verzahnung verwandter Bildungsgänge in der Oberstufe.

Damit können Jugendliche eine erste berufliche Qualifikation und – mit einem geringen zeitlichen Mehraufwand – eine Studienberechtigung erwerben.

62. Die beruflichen Qualifizierungsmöglichkeiten sind generell zu verbessern. Die Berliner Sozialdemokraten setzen sich ein für

– die Einführung des Berufsgrundbildungsjahres in allen Berufsfeldern,

– die Erweiterung des Berufsschulunterrichts auf mindestens 12 Wochenstunden in allen Ausbildungsberufen,

– eine bessere Abstimmung der Berufsausbildung in den Lernorten Schule und Betrieb durch neue Ausbildungsordnungen und darauf abgestimmte Rahmenlehrpläne,

– die Einrichtung überbetrieblicher Ausbildungsstätten.

Die Qualifizierung der Ungelernten ist durch gezielte Maßnahmen zu fördern. Diese Angebote sollen vorrangig für weibliche Jugendliche, Frauen und Ausländer sein. Mit dem Ausbau des Berufsbildungswerkes Berlin kann die berufliche Bildung auch der körperlich, geistig und seelisch behinderten Jugendlichen verbessert werden.

63. Die Hochschulpolitik ist Teil unserer gesamten Bildungspolitik. Die Reformen in der Vor- und Grundschule, der Mittel- und Oberstufe und in den außerschulischen und berufsbildenden Bereichen erfordern weitere Veränderungen der Hochschulen. Unsere Universitäten und Fachhochschulen müssen in der Verfassung, Arbeitsweise und Ausstattung den Anforderungen der Gesellschaft entsprechen. Hierbei gilt es zu berücksichtigen, daß Berlin in der Hochschulausbildung und wissenschaftlichen Forschung wichtige Dienstleistungsaufgaben für die gesamte Bundesrepublik Deutschland erfüllt.

64. Berlin hat sich an der Ausbildung von Studenten bisher überdurchschnittlich beteiligt. Der Ausbau der Ausbildungskapazitäten entsprechend dem Hochschulentwicklungsplan erfolgt in Orientierung nach dem Bedarf der Gesellschaft an Absolventen für die jeweiligen Berufsfelder.

65. Zur Schaffung integrierter Gesamthochschulen sind wichtige gesetzgeberische Maßnahmen eingeleitet worden, deren Ziel neue abgestufte und aufeinander bezogene Ausbildungsgänge sind. Der erste große Schritt zur institutionellen Vorbereitung dieser Art von Gesamthochschulen ist die angestrebte integrierte Lehrerausbildung, die gewährleisten soll, daß die Lehrer für alle Schulstufen eine gleichwertige wissenschaftliche und stärker auf die Praxis des Schulunterrichts bezogene Ausbildung erhalten.

66. Ziel aller strukturellen Reformen, einschließlich der Bildung von Gesamthochschulen, bleibt die inhaltliche Studienreform. Mit ihr werden

– eine engere Verbindung von Wissenschaft und Praxis zur Sicherung einer tätigkeitsbezogenen Ausbildung,

– differenzierte Studiengänge und Abschlüsse mit gegenseitiger Durchlässigkeit,

– Einführung neuer gesellschaftsbezogener Studieninhalte,

– eine Verbesserung der Lehrmethoden,

– Verkürzung der Studiendauer sowie

– Möglichkeiten für Kontakt- und Aufbau-studien angestrebt.

67. Die gesellschaftliche Entwicklung wird wesentlich von der Forschungsleistung der universitären und außeruniversitären wissenschaftlichen Einrichtungen mitgeprägt. Ihr anerkannt hohes Niveau in Berlin muß erhalten bleiben. Die Forschungsförderung muß sich auch danach orientieren, welchen Beitrag ein Vorhaben zur Lösung konkreter öffentlicher Aufgaben leistet. Besondere Bedeutung messen wir daher Vorhaben zu, die zunächst als Modellversuche von der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Berlin gemeinsam finanziert werden. Der kooperative Rechnerverbund zwischen Staat und Hochschulen in Berlin gilt für die Datenverarbeitung in der gesamten Bundesrepublik als vorbildlich. Von seinem weiteren Ausbau nach dem jeweiligen höchsten technologischen Standard werden Wissenschaft und Forschung gleichermaßen profitieren.

68. Hauptträger der Weiterbildung sollen die Volkshochschulen Berlins werden. Um ihre Aufgaben erfüllen zu können, wird die Kooperation der öffentlichen und privaten Träger der Weiterbildung gefördert. Die Volkshochschulen Berlins werden im Sinne arbeitsteiliger Schwerpunkte ihre Arbeit koordinieren; das Lehr- und Lernangebot in allen Bereichen wird strukturiert und systematisiert; Maßnahmen beruflicher Fort- und Weiterbildung werden mit solchen des sozio-kulturellen Bereichs verbunden; Lehrgänge zum Erwerb schulischer Abschlüsse und das Zertifikatwesen werden ausgebaut.

VI. Lebensqualität

a) Wertgleiche Lebensverhältnisse in allen Teilen der Stadt schaffen

69. Zentrale Aufgabe der Stadtentwicklung ist es, nach dem erfolgreichen Wiederaufbau des zerstörten Berlins wertgleiche Lebensverhältnisse in allen Teilen der Stadt zu schaffen. Die Ballung zugewanderter

ausländischer Familien in Gebieten, die wegen ihrer überalterten Wohnungssubstanz und ihren unzureichenden öffentlichen Einrichtungen ohnehin benachteiligt waren, hat das Gefälle in der Qualität der Lebensverhältnisse zum Nachteil dieses Stadtviertel weiter vergrößert.

Es ist unser Ziel, Berlin zu einer Stadt mit ausgewogenen Lebensbedingungen in al-

len ihren Teilen auszubauen. Alle mittel- und langfristigen Planungen aber auch kurzfristige Maßnahmen müssen dieses Ziel verstärkt berücksichtigen. Wichtige Ansatzpunkte, um eine gleichmäßige soziale und kulturelle Betreuung und eine ausgeglichene Stadtstruktur zu erreichen, sind die Stadterneuerung und der gezielte Einsatz von Personal und Finanzmitteln.

Die Stadterneuerung muß vor allem in den innerstädtischen Problemgebieten verstärkt vorangetrieben werden. Wir werden vor allen Dingen überalterte Wohnungen modernisieren oder durch Neubauten ersetzen. Durch eine „Entkernung“ und durch aufgelockerte Bebauung werden wir mehr Raum für Erholungs- und Grünflächen schaffen. Die optimale Ausnutzung vorhandener Freizeitflächen und die Anlage neuer Grünflächen werden wir besonders in den benachteiligten Regionen durch die Anlage von Erholungs- und Freizeitparks fördern.

70. Um die Lebensverhältnisse in unserer Stadt wertgleich zu gestalten, müssen öffentliche Einrichtungen in den Ballungsgebieten besonders gefördert werden. Die SPD setzt sich dafür ein, überalterte öffentliche Einrichtungen in diesen Gebieten bevorzugt zu modernisieren und durch die notwendigen Neubauten zu ergänzen. Die mittelfristige Investitionsplanung muß zum Instrument des verstärkten regionalen Strukturausgleiches weiterentwickelt werden. Eine gezielte Steuerung des Einsatzes von Finanzmitteln und Personal zum Ausgleich regionaler Ungleichgewichte wird von uns unterstützt. Die Bezirke werden ab 1975 im Rahmen der neuen Gesamtbindung Beträge zur eigenverantwortlichen Verwendung im Haushalt erhalten. Gesamtbindung und Investitionsplanung werden deshalb künftig so gestaltet, daß die unterschiedliche Sozialstruktur der Bezirke vorrangig berücksichtigt wird. Personalbedarfsplanungen der Verwaltung und Gutachten über die Arbeitsweise des öffentlichen Dienstes werden erfreulicherweise bereits jetzt als Instrument zum Ausgleich regionaler Unterschiede benutzt. So begrüßen wir es, daß z. B. die Bezirke, in denen die Schüler besonders gefördert werden müssen, ab 1975 schwerpunktmäßig zusätzliche Lehrerstellen erhalten. Der Schulerfolg darf nicht davon abhängig sein, in welchem Teil Berlins unsere Kinder unterrichtet werden.

71. Wertgleiche Lebensverhältnisse sind nur durch gezielte „Entballungsmaßnahmen“ erreichbar. Wir werden deshalb alle Möglichkeiten ausschöpfen, um den weiteren Zustrom von ausländischen Arbeitskräften und ihren Familien in die Gebiete zu unterbinden, in denen Wohnungen überaltert und die sozialen Einrichtungen ohnehin überlastet sind. Für den Abbau der Ausländerkonzentration müssen alle geeigneten Steuerungsinstrumente koordiniert eingesetzt werden. Gleichzeitig wird die überforderte soziale Infrastruktur in den Ballungsgebieten durch eine Reihe von Maßnahmen entlastet werden müssen, wie z. B. dem Sonderprogramm zur Schaffung von 1500 zusätzlichen Plätzen in Kindertagesstätten für diese Bevölkerungsgruppen.

b) ausländische Mitbürger integrieren

72. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Berlins kann nur dann gesteigert werden, wenn die dafür notwendigen Arbeitskräfte vorhanden sind. Trotz des Erfolges der auf Qualifizierung, Mobilisierung zusätzlicher Berliner Arbeitskräfte und auf Zuwanderung aus dem übrigen Bundesgebiet gerichteten Maßnahmen werden wir im Interesse der Erhaltung unseres Wohlstandes und der Finanzierung unserer vielfältigen Aufgaben auf ausländische Arbeitnehmer nicht verzichten können.

73. Der Arbeitskräftebedarf der Wirtschaft darf jedoch nicht einziger Maßstab für die Anwerbung und Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte bleiben. Die Möglichkeiten der sozialen Eingliederung und der Entwicklung befriedigender Formen des Miteinanderlebens müssen die Beschäftigung von Ausländern in unserer Stadt begrenzen.

74. Menschliche, soziale und wirtschaftliche Gründe zwingen zur stärkeren Integration der Ausländer in unsere Gesellschaft. Wir wollen ihnen unzumutbare Härten ersparen und Möglichkeiten des Einlebens, des längeren Verbleibens und der damit verbundenen Familienzusammenführung eröffnen. Die bereits beschlossenen Maßnahmen zur Eingliederung der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien müssen rasch verwirklicht werden. Die soziale Infrastruktur darf jedoch in den Wohnbereichen nicht zusätzlich belastet werden, in denen die Berliner schon in der Vergangenheit nicht ausreichend versorgt wurden.

75. So hat die starke Nachfrage der ausländischen Arbeitnehmer nach preiswertem Wohnraum in einigen Regionen Berlins zu negativen Ballungerscheinungen geführt. Um ihnen entgegenzuwirken und die bestehende Ausländerdichte in den Ballungsgebieten abzubauen, sind geeignete wohnungspolitische Maßnahmen zu treffen. Der weitere Zuzug von Ausländern in die überlasteten Gebiete ist gegebenenfalls durch Zuzugssperre zu verhindern. Wir müssen Gettobildungen in unserer Stadt entgegenwirken.

c) Den Freizeitwert Berlins erhöhen – Kultur, Sport und Spiel fördern

76. Die Lebensqualität einer Stadt bestimmt sich auch nach ihrem kulturellen Angebot. Berlins kulturelle Spitzenstellung im deutschsprachigen Raum trägt erheblich dazu bei, Ausstrahlung und Anziehung und damit die Existenz der Stadt zu sichern. Berlin verfügt über ein ausgewogenes Kulturleben. Wir werden dieses Angebot so weit als möglich für alle Bürger öffnen und Kulturprivilegien weiter abbauen. Alle Bürger müssen den gleichen Zugang zur Kultur erhalten. Wir setzen uns deshalb besonders für gezielte, bürgernahe Aktivitäten ein. So sind z. B. die Angebote für Kinder und Senioren zu erweitern und die kulturelle Eingliederung nationaler Minderheiten fortzuführen. Die schöpferischen und geistigen Fähigkeiten aller sozialer Schichten sind durch neue Angebote und Vermittlungsformen der Kunst zu fördern.

77. Um diese Ziele zu erreichen, werden wir die Ausbildungs-, Arbeits- und Aufführungsmöglichkeiten für Berliner Künstler verbessern. Hierzu zählt auch die Einrichtung einer Kunsthalle.

Die musikalische und darstellerische Laienkunst muß weiter gefördert werden, wobei das Jugend- und Kindertheater unsere besondere Hilfe erhalten wird. Wir werden Berlin zu einem Zentrum der Ausbildung, Forschung und Auswertung im Bereich des Films ausbauen. Ein Technisches Museum mit einem überzeugendem didaktischen Konzept, ein Architekturarchiv der Berliner Kunst des 19. und 20. Jahrhunderts, ein Neubau für das Bauhausarchiv, der Bau der fünf Museen für die abendländische Kunst, das Museum für Deutsche Volkskunde und die Staatsbibliothek werden dazu beitragen, das Kulturangebot Berlins zu erweitern. Schließlich gilt es, die Sommeraktivitäten auszubauen und die Förderung von Literatur und die Unterstützung der Autoren zu verstärken.

78. Berlins kulturelle Spitzenstellung kann nur erhalten und ausgebaut werden, wenn

außer der Förderung unserer vielgestaltigen künstlerischen Infrastruktur die Kontakte zu anderen Kulturzentren noch enger werden. Wir werden uns dafür einsetzen, daß der Informationsfluß zwischen Berlin und den anderen Zentren des zeitgenössischen Kunstgeschehens verstärkt wird. Deshalb werden wir in Berlin die Informations- und Dokumentationsarbeit für auswärtige Kulturpolitik ausbauen und das Angebot für Auslandsaufenthalte Berliner Künstler und die Einladungsprogramme für ausländische Künstler möglichst erweitern. Auch die Darstellung der kulturellen Leistungen unserer Stadt im Bundesgebiet und im Ausland muß verbessert und die Berliner Festwochen und die Filmfestspiele müssen weiter entwickelt werden.

79. Sport dient der Gesundheit, macht Spaß, vermittelt soziale Grunderfahrungen und ermöglicht eine sinnvolle Freizeitgestaltung. Ohne den Leistungs- und Spitzensport zu vernachlässigen, werden wir deshalb den Breiten- und Freizeitsport verstärkt fördern und unterstützen. Für alle Altersgruppen und Interessen sollen Spiel-, Sport- und Erholungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen.

Wir werden daher

- weitere große Freisportanlagen errichten;
- Sport- und Freizeitanlagen familienfreundlicher gestalten;
- die bewährten Freizeit- und Erholungsprogramme in den Bezirken fortsetzen;
- weitere Turn- und Sporthallen bauen; 1975 werden wir die Richtzahlen des „Goldenen Plans“ der Deutschen Olympischen Gesellschaft überschreiten;
- den erfolgreichen Bäderbau mit einem 3. Bäderbauprogramm fortsetzen und auch hier die Richtzahlen des „Goldenen Plans“ überschreiten;
- die bestehenden Sporteinrichtungen für die nicht-vereinsgebundene Bevölkerung nach Möglichkeit weiter zu öffnen und
- die bestehenden Sportanlagen schrittweise modernisieren.

80. Die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Staat und Sportverbänden sowie -vereinen bleibt die wichtigste Grundlage unserer Sportförderungs politik. Die SPD würdigt die Eigenleistung der im Sport tätigen Organisationen und deren Mitglieder. Ihnen wird auch künftig ein abgerundetes Förderungsprogramm unterstützend zur Verfügung stehen. Besondere Erweiterung wird dieses Programm durch folgende Maßnahmen erfahren:

- zusätzliche Finanzierung für Übungsleiter,
- erhöhte Zuschüsse zum Unterhalt vereinseigener oder gepachteter Sportanlagen,
- verstärkte Unterstützung der Vereine, die am Sportbetrieb der Bundesliga, der 2. Bundesliga, der Oberliga Nord, an deutschen Meisterschaften oder ähnlichen Veranstaltungen teilnehmen.
- Fortführung der bewährten Programme für Schüler, wie z. B. „Jugend trainiert für Olympia“, und die besonderen Sportprogramme für Senioren und
- die Unterstützung beim Strukturwandel vom Leistungssportverein zum großen Freizeitsportverein.

81. Der Leistungssport erfreut sich bei der breiten Öffentlichkeit starker Anteilnahme. Zur Entfaltung aller Talente und Neigungen ist er daher von Gesellschaft und Staat zu unterstützen. Die besonderen Berliner Förderungsprogramme für den Leistungssport haben sich bewährt. Vereine und Verbände wurden erheblich entlastet. In den 21 Berliner Leistungszentren sind 45 hauptamtliche Trainer tätig. Ihre Arbeit

Ist eine wichtige Voraussetzung für den Anschluß des Berliner Sports an die Leistungsspitze in der Bundesrepublik. Es bleibt von zentraler Bedeutung für den Leistungssport, daß sich das Land Berlin auch künftig an den Sach- und Personalkosten der Leistungszentren beteiligt. Sozialdemokratische Auffassung ist es, daß sich die Förderungsprogramme für Leistungs- und Spitzensport mit Maßnahmen der Unterstützung des Breiten- und Freizeitsports wechselseitig ergänzen müssen.

82. Ein attraktives Freizeitangebot muß Erholungsmöglichkeiten in der Natur für alle Berliner anbieten. Die Bedürfnisse und Erwartungen, freie Zeit in unseren Wäldern, Park- und Grünanlagen, in landwirtschaftlich genutzten Gebieten, an den Berliner Gewässern und in weiteren neuen Erholungsgebieten zu verbringen, sind in Berlin besonders groß. Die SPD unterstützt daher die Vorstellungen des Senats für ein Sonderprogramm zur Naherholung und Grünplanung sowie die ressortübergreifenden Planungen zur Verbesserung des Freizeitwerts Berlins. Zu unseren vordringlichen Zielen gehört der Ausbau weiterer innerstädtischer Grün- und Erholungsanlagen; die besondere Förderung der Sozialdemokraten verdient dabei die Innenstadt und der Südostraum Berlins. Besondere Aufmerksamkeit gilt der Errichtung von Dauerkleingartenanlagen entsprechend den Ausweisungen des Flächennutzungsplans und dem Modell für einen Wochenend-Gartenpark in Charlottenburg.

83. Die Berliner SPD unterstützt die Entwicklung einer modernen Konzeption für ein Bundesgesetz über Naturschutz und Landschaftspflege sowie für ein Bundeswaldgesetz. Für den Berliner Freizeit- und Erholungsraum werden auf dieser Basis unter Berücksichtigung der natürlichen Verhältnisse weitere Bestimmungen getroffen werden. Diese werden u. a. Regelungen zur weiteren Öffnung von Wald und Flur und über den freien Zugang zu den Gewässern für die Bürger enthalten. Wir werden weiterhin dafür sorgen, daß das Netz der Rad- und Rundwanderwege ausgebaut und neue Uferpromenaden angelegt werden. Darüber hinaus werden wir den öffentlichen Nahverkehr zu den Wald- und Seengebieten unserer Stadt verbessern.

Die Berliner Forsten werden in Zukunft nach ihrem Erholungswert und ihrer ökologischen Schutzfunktion gestaltet. Die Umgestaltung zu einem vollwertigen Erholungswald ist voranzutreiben; erholungsfremde Nutzungen sind dabei zu reduzieren.

Besonderes Gewicht legen wir auf wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität der Berliner Gewässer und zur Situation auf dem Wasser. Die bereits eingeleiteten Maßnahmen zur Reinhaltung und Sanierung unserer Gewässer, insbesondere des Tegeler Sees und des Teltowkanals, haben erste Erfolge gezeigt und werden zielstrebig fortgesetzt.

d) Umwelt schützen und gesund erhalten

84. Umweltschutz ist zwingend notwendig, wenn wir für uns selbst und für künftige Generationen die Lebensgrundlagen sichern wollen. Alle dieser Sicherung dienenden Erkenntnisse und technischen Möglichkeiten sowie die darauf beruhenden Gesetze, Regelungen und Auflagen müssen konsequent eingehalten und durchgesetzt werden. Die Kosten zur Vermeidung, zur Beseitigung und zum Ausgleich von Umweltbelastungen sind vor allem vom Verursacher zu tragen.

Die Umweltverträglichkeit von Technologien und Produkten muß die entscheidende Komponente qualifizierten Wirtschaftswachstums sein. Ihrer Entwicklung dienen gezielte Forschungsprogramme, die technisch erzeugte Schadstoffe in biologischen, technisch geplanten Prozessen weiterverarbeiten.

Umweltschutz ist aber auch eine Frage des Verhaltens des einzelnen. Umweltbewußtsein in diesem Sinne kann nur gemeinsam mit dem mündigen Bürger entwickelt werden. Die Probleme des Umweltschutzes sind deshalb in die Lehrpläne aller Bildungsstufen aufzunehmen. Die Bürger sind weiter durch breit anzulegende Öffentlichkeitsarbeit für den Umweltschutz zu gewinnen.

85. Die umfassende Aufgabenplanung, die der Senat mit den Umweltschutzberichten 1972 und 1973 vorgelegt hat, muß Schritt für Schritt in die Wirklichkeit umgesetzt werden.

Zu den besonders wichtigen Bereichen aktiven Umweltschutzes gehören die Reinhaltung von Boden, Wasser und Luft, die Lärmbekämpfung und die Abfallbeseitigung.

Die Wasserversorgung und die natürliche Wiedererholung der Gewässer müssen un gefährdet bleiben. Deshalb sind Kläranlagen, Reinigungssysteme — z. B. Phosphateliminationsanlagen-, Kontrollen von Abwasserleitungen auszubauen und weiterzuentwickeln.

Die in Angriff genommenen Maßnahmen zur Luftreinhaltung und Lärmbekämpfung müssen planmäßig fortgeführt werden. Über die nach dem Berliner Fluglärmschutz erforderlichen Maßnahmen hinaus ist Fluglärmbelastung der Bevölkerung durch weitere Schutzmaßnahmen zu mindern.

Die Reinhaltung des Bodens und die schadlose Abfallbeseitigung erfordern die laufende Kontrolle der Ablagerung von Siedlungsabfällen und die Erprobung der Abfallkompostierung. Auf lange Sicht ist auch allgemein auf die Verminderung von Abfallmengen sowie auf die Wiedereingliederung des Abfalls in den Rohstoffkreislauf hinzuwirken.

Die Kontrollen zum Schutz gegen Vergiftungen des Bodens, des Grundwassers und der Luft durch gefährliche Industrieabfälle sind möglichst lückenlos auszubauen.

86. Umweltschutz kann nicht nur regional gelöst werden, er setzt auch überregionale, nationale und internationale Zusammenarbeit voraus.

Entwicklung, Förderung und Durchsetzung von Maßnahmen des Umweltschutzes sind auf allen Ebenen unter verstärkter Koordinierung durch die zuständigen Behörden und unter Einbeziehung der Berliner Universitäten und anderer Einrichtungen von internationalem Ruf weiter voranzutreiben.

In Berlin können Fortschritte der Entspannungspolitik auch im Umweltschutz genutzt und weiter entwickelt werden. Dazu gehören vor allem die Abfallverbringung, die Abwasserabnahme in Vereinbarung mit der DDR und die Einbeziehung in den östlich-westlichen Energieverbund.

e) Stadtentwicklung und Verwaltung mit und für den Bürger

87. Der Stadtentwicklungsplan in Berlin muß davon ausgehen, daß unsere Stadt keine Ausdehnungsmöglichkeiten hat und daß deshalb die Flächen für alle Zwecke knapp sind. Es gilt daher, die vorhandenen Flächen optimal zu nutzen.

Nicht alle Flächenanforderungen lassen sich noch auf der vorgegebenen Stadtgebietsfläche unterbringen. Es geht jetzt darum, die knappen Flächen optimal den Bedürfnissen der Bevölkerung zuzuordnen und die Auswirkungen alternativer Flächenverwendung auf die weitere Stadtentwicklung darzustellen.

Dabei sind die erforderlichen Standorte für Einrichtungen der sozialen Infrastruktur ebenso zu berücksichtigen wie beispielsweise die Sicherung ausreichender Flächen für Wohnen, für Erholung und für Arbeit. Die Interessen der Bezirke müssen mit den Interessen der Gesamtstadt hierbei ebenso abgestimmt werden, wie den verschiedenen Bedürfnissen der Bürger durch eine ausgewogene Nutzungsstruktur Rechnung getragen werden muß. Die Mehrfachnutzung von Flächen, z. B. durch die Überbauung von Verkehrsanlagen, ist in der gegebenen Situation — wenn nötig auch unter Hinnahme höherer Kosten — anzustreben. Bei der zukünftigen Planung wird der Schaffung von Wohnraum in der Innenstadt Vorrang gegeben vor Neubauten in Randgebieten, um ein auch in Berlin mögliches Ausbluten von Teilen der innerstädtischen Bezirke zu vermeiden.

Die SPD will Berlin zum Modell einer modernen Großstadt in allen Bereichen weiter ausbauen. Sie fordert deshalb die optimale und intensive Nutzung des knappen Bodens, ohne daß hierbei soziale, gesundheitliche und wirtschaftliche Aspekte vernachlässigt werden.

88. Die SPD will das alte Berlin in seinem baulichen Bestand — wo immer möglich — bewahren und behutsam fortentwickeln. Zu diesem Zweck will die SPD neben den Maßnahmen der Stadtbildpflege auf ein Denkmalschutzgesetz dringen, das sich vor allem auf wertvolle Wohnhäuser und Gebäude zum Nutzen der Allgemeinheit beziehen wird.

Das Gebiet beiderseits des Landwehrkanals soll städtebaulich neu geordnet und erschlossen werden. Hierdurch kann die städtebauliche Verbindung zwischen der City im Zoo-Bereich und der südlichen Friedrichstadt (nördliches Kreuzberg) wieder hergestellt werden.

Die Attraktivität der City muß durch die Verminderung des Autoverkehrs, die Ausweitung und Neugestaltung von Fußgängerbereichen, eine verbesserte Nutzungsstruktur, die Pflege des Stadtbildes und mehr Grünflächen gesteigert werden.

Bei allen Stadtentwicklungsplanungen muß der Entwicklung unserer Nebenzentren in den Bezirken größte Bedeutung beigemessen werden. Es gilt auch künftig, die bisherigen Funktionen der einzelnen Stadtteile zu berücksichtigen.

89. Zur Lebensqualität gehört auch, daß die neuen und alten Wohngebiete, die Betriebe und Verwaltungen, Freizeit- und Erlebnisstätten, leicht zu erreichen sind. Die SPD betrachtet einen funktionierenden Personen- und Güterverkehr als wesentlichen Bestandteil des städtischen Lebens, an dem alle Bürger in vielfältiger Weise teilhaben. Wir setzen uns deshalb für den Bau der jeweils entsprechenden Verkehrsanlagen ein. Negative Auswirkungen des Verkehrs, die zu Belastungen der Bürger führen, sind durch geeignete Maßnahmen zu verringern.

Dazu ist unter Anwendung der in den letzten Jahren gewonnenen Erkenntnisse zum Berliner Nahverkehr ein Plan über die Verkehrsentwicklung erarbeitet worden. Es gilt, ihn in die Praxis umzusetzen.

Leitgedanken dieser Planungen sind unter anderem:



- Priorität und intensive Förderung der öffentlichen Nahverkehrsmittel,
- Verdichtung ihres Netzes und bequemere Nutzung mit kürzeren Fahrtzeiten,
- Integration der Schnellbahnen (U-Bahn, S-Bahn) und des Busnetzes,
- Bündelung des Verkehrs auf entsprechend ausgebauten Verkehrswegen,
- Erleichterung des Versorgungs- und Wirtschaftsverkehrs,
- Bildung verkehrsberuhigter Zonen mit Fußgängerbereichen.

90. Das U-Bahn-Netz wird planmäßig und zügig vergrößert. In der kommenden Wahlperiode werden folgende Abschnitte für den U-Bahn-Verkehr eröffnet:

Linie 9 vom Bahnhof Leopoldplatz bis Bahnhof Osloer Straße: Eröffnung 1976

Linie 8 vom Bahnhof Gesundbrunnen bis Bahnhof Osloer Straße: Eröffnung 1977

Linie 7 vom Bahnhof Fehrbelliner Platz bis Bahnhof Richard-Wagner-Platz: Eröffnung 1978.

Der Bau der Linien nach Spandau und zum Märkischen Viertel geht darüber hinaus ohne Unterbrechung weiter.

Im weiteren Verlauf der nächsten Wahlperiode werden vorbereitende Maßnahmen für den Bau der Linie 10 vom Rathaus Steglitz bis zur Kurfürstenstraße in Angriff genommen werden.

91. Der Autobahnbau richtet sich in seiner Zielsetzung konsequent nach den Leitgedanken für die Entwicklung des Nahverkehrs in Berlin; die Gesichtspunkte eines reibungslosen Verkehrsablaufs werden dabei ebenso berücksichtigt wie die Grundsätze des Umweltschutzes und der Erhaltung gewachsener Stadtstrukturen.

Mit dem Bau von Autobahnen wird eine Minderung des Verkehrs in den Straßen der Stadt und eine sichere Verkehrsabwicklung erreicht. Schwerpunkte des Autobahnbaus werden der Stadtring Süd, die Westtangente sowie die Autobahn nach Norden sein. In der kommenden Wahlperiode werden verschiedene Abschnitte des Stadtringes Süd für den Verkehr eröffnet.

Im städtischen Straßenbau wird ein Schwerpunkt der Neu- und Ausbau von Erschließungsstraßen in vorhandenen und neuen Wohngebieten wie z. B. Ruhwald oder Raum Sonnenallee und in den Sanierungsgebieten sein.

Weiterhin wird das Programm der Erneuerung des überalterten Straßennetzes und von Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Ausbau von Fußgängerzonen und Verkehrsstraßen fortgesetzt. Die Untersuchungsergebnisse eines Planungsteams zum öffentlichen und privaten Personenverkehr in Berlin werden wir sorgsam prüfen und nach Möglichkeit verwirklichen.

92. Auf Initiative der Sozialdemokraten hat der Senat von Berlin ein zweckentsprechendes Instrumentarium ressortübergreifender und ressortinterner Planung bereitgestellt. Auch in Zukunft muß durch vorausschauendes Planen, bessere Koordination, Nähe zu den betroffenen Bürgern und Einbeziehung von wissenschaftlichem Sachverstand die Leistungsfähigkeit der Verwaltung gesteigert werden. Anknüpfend an die Perspektiven der Stadtentwicklung, die erstmals einen zusammengefaßten Überblick über wichtige Ziele der Stadtentwicklung geben, ist die Stadtentwicklungsplanung schrittweise an den Schwerpunkten zu einem wirksamen Koordinierungsinstrument auszubauen.

Die Beteiligung von Bürgern, die von öffentlichen Planungen und Planungsent-

scheidungen betroffen werden, in der Vorbereitung der Willensbildung der jeweiligen Entscheidungsträger, ist ein wichtiges Ziel moderner Stadtentwicklungspolitik und ein elementarer Bestandteil demokratischer Planung. Verstärkte Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger schränken Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten des Parlaments und der Regierung nicht ein, sie sind aber ein belebendes Element in der parlamentarischen Demokratie und verhindern das Abgleiten der Planung in bloßen Bürokratismus. Wir Sozialdemokraten werden deshalb weiter bemüht sein, gerade im Bereich der Stadtentwicklung mehr Betroffenenbeteiligung durchzusetzen.

93. Ein Kernstück der inneren Reformen in Berlin bleibt die Verwaltungsreform. Wir wollen eine Verwaltung, die so unbürokratisch, bürgernah und effizient wie möglich arbeitet.

VII. Finanzielle Absicherung

94. Unser Programm für Berlin war in der Vergangenheit stets finanziell gesichert und konnte deshalb erfüllt werden. Auch dieses Programm ist im Rahmen der erkennbaren finanziellen Möglichkeiten geplant. Wir gehen davon aus, daß Einnahmen und Ausgaben im Haushalt Berlins mittelfristig leicht stärker als das Brutto-sozialprodukt steigen werden.

95. Die Steuerquote, also der Anteil der Steuern an den Gesamteinnahmen, wird sich weiter verbessern. Dies betrachten wir als den Ausdruck der gewachsenen Leistungsfähigkeit Berlins, die uns die Realisierung unserer politischen Ziele ermöglicht.

96. Mit einem Jahr für Jahr um 17 Prozent gesteigerten Bundeszuschuß für den Berliner Haushalt hat die sozialdemokra-

Neue Aufgaben dürfen den Verwaltungsapparat nicht unnötig aufblähen und unübersichtlich machen. Mit besonderen Programmen muß die Bürgernähe der Berliner Verwaltung erhalten und weiter verbessert werden.

Zusätzliche Aufgaben können nur erfüllt werden, wenn die Grundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit streng beachtet werden. Es gilt, alle Rationalisierungsmöglichkeiten auszuschöpfen. Die elektronische Datenverarbeitung wird hierzu einen wichtigen Beitrag leisten. Dabei wird die SPD darauf achten, daß ein umfassender Datenschutz sichergestellt bleibt. Die Leistungsbereitschaft und Einsatzfreude der Mitarbeiter muß weiter gefördert werden. Moderne Aus- und Fortbildungsangebote werden bereitgestellt; ein zeitgemäßes, einheitliches Dienstrecht für alle Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung auf den Weg gebracht.

tisch geführte Bundesregierung in den letzten vier Jahren eindrucksvoll ihr Berlin-Engagement auch auf diesem Gebiet bewiesen. Auch für die nächsten Jahre kann ein ausreichender Bundeszuschuß als gesichert angesehen werden.

97. Die Änderungen des Steuerrechts ab 1975 werden für weite Teile der Bevölkerung eine beträchtliche Steuerentlastung, für den Berliner Haushalt allerdings eine Minderung der für die Erfüllung der gesellschaftlichen Aufgaben zur Verfügung stehenden Finanzmittel mit sich bringen. Wir nehmen dies in Kauf, weil wir den Weg zu einem sozial gerechten Steuersystem als wichtiger ansehen als einen vorübergehenden Verzicht auf Staatseinnahmen. Wir werden alle Bemühungen in diesem Sinne konsequent unterstützen.

VIII. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ausbauen

98. Unsere Leistungsbilanz beweist: sozialdemokratische Wahlversprechen werden eingelöst. Wir sind die zuverlässige Kraft der Politik in Berlin. Unter unserer Führung haben die Berliner ihre Stadt aus den Trümmern des Krieges neu aufgebaut. Wir waren und sind die Partei, die der Stadt Frieden und Freiheit bewahren half. Jetzt geht es um den weiteren Ausbau Berlins zum Modell einer modernen Großstadt. Die von uns entwickelten Perspektiven der Stadtentwicklung weisen den Weg.

99. Zu einem menschenwürdigen Leben gehört mehr als der gesicherte Arbeitsplatz und das gesicherte Einkommen. Wir wollen erreichen, daß die Freiheitsrechte unserer Mitbürger nicht an den Schranken ungleicher Chancen, ungerechter Lebensverhältnisse und überholter gesellschaftlicher Vorstellungen enden.

Beim Ausbau der sozialen Demokratie streben wir an, daß die Lebensbedingungen in allen Teilen der Stadt gleichwertig sind; daß der Schutz vor Krankheiten und die ärztliche Versorgung für jeden

gesichert bleiben; daß berufliche und allgemeine Bildung den Problemen der Zukunft gerecht werden. Unsere besondere Fürsorge gilt den älteren und behinderten Mitbürgern, den Hilflosen und Schwachen. Ihr Platz ist in unserer Mitte. Sie sind gleichberechtigte Mitglieder unserer Gesellschaft.

100. Sozialdemokratische Reformpolitik ist kein Selbstzweck. Sie ist unser Beitrag zum Ausbau einer menschenwürdigen Gesellschaft. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind die Grundwerte unserer Politik; Maßstab unseres Handelns bleiben Vernunft, Vertrauen und Verantwortung.

Unsere Politik orientiert sich an der Würde des Menschen.

Die Würde des Menschen ist erst dann unangetastet, wenn die soziale Wirklichkeit die Möglichkeit zur Selbstbestimmung und Selbstentfaltung jedes Einzelnen garantiert.

Dazu wollen wir in Berlin unseren besonderen Beitrag leisten.



Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH

Berlin/Bonn-Bad Godesberg

Internationale Bibliothek

Herbst 1974

Band 13

Karl Kautsky

Das Erfurter Programm

In seinem grundsätzlichen Teil erläutert
19. Auflage (1.—3. Aufl. 1892)
Eingeleitet von Susanne Miller
259 Seiten, broschiert 15,— DM
ISBN 3-8012-1013-8

Band 72

Werner Blumenberg

Kämpfer für die Freiheit

2. Auflage (1. Aufl. 1963)
Herausgegeben und eingeleitet von
Kuno Bludau
Etwa 180 Seiten, broschiert 15,— DM
ISBN 3-8012-1072-3

Band 18

Heinrich Lux

Etienne Cabet

und der Ikarische Kommunismus

2. Auflage (1. Auflage 1894)
294 Seiten, broschiert 15,— DM
ISBN 3-8012-1018-9

Band 76

Drei Schriften aus dem Exil

(Miles: Neu Beginnen!/Otto Bauer: Die
illegale Partei/Curt Geyer: Die Partei
der Freiheit)
Herausgegeben und eingeleitet von Kurt
Klotzbach
Etwa 450 Seiten, broschiert ca. 20,— DM
ISBN 3-8012-1076-6

Band 44

Eduard Bernstein

*Sozialismus und Demokratie
in der großen englischen Revolution*

Einleitung von Werner Blumenberg
6. Auflage (1. Auflage 1895)
380 Seiten, brosch. 15,— DM
ISBN 3-8012-1044-8

Band 78

Susanne Miller

*Das Problem der Freiheit
im Sozialismus*

Freiheit, Staat und Revolution in der
Programmatik der Sozialdemokratie von
Lassalle bis zum Revisionismusstreit
2. Auflage (1. Aufl. 1964)
347 Seiten, broschiert 15,— DM
ISBN 3-8012-1078-2

Band 55

Emile Vandervelde

*Neutrale und sozialistische
Genossenschaftsbewegung*

2. Auflage (1. Auflage 1914)
154 Seiten, brosch. 15,— DM
ISBN 3-8012-1055-3

Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH

53 Bonn-Bad Godesberg 1
Kölner Straße 149

Stand 1044

**Verlag
Neue Gesellschaft
bringt:**

Kleine Geschichte der SPD

Band 1

Heinrich Potthoff

**Die Sozialdemokratie
von den Anfängen bis 1945**

Band 2

Susanne Miller

Die SPD vor und nach Godesberg

Verlag
Neue Gesellschaft GmbH
53 Bonn-Bad Godesberg
Kölner Straße 149

Band 1: 229 Seiten, brosch. 6,- DM
ISBN 3-87831-156-7
Band 2: 170 Seiten, brosch. 6,- DM
ISBN 3-87831-157-5